

1  
2 Ergebnis der Sondierungsgespräche zwischen  
3 CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen  
4 (15.11.2017)  
5  
6

7 Uns eint die Verantwortung für die Menschen und die Zukunft unseres Landes.  
8 Wir sind durch das Wahlergebnis vor die Aufgabe gestellt, eine  
9 handlungsfähige und erfolgreiche Bundesregierung zu bilden. Die Menschen  
10 erwarten von uns, gemeinsam zentrale Herausforderungen unserer Zeit  
11 anzugehen.

12  
13 Unsere Parteien haben seit vielen Jahren verantwortlich Politik mit teils sehr  
14 unterschiedlichen Positionen gestaltet. Gleichwohl haben wir ausgehend von  
15 unseren Werten, Überzeugungen und Programmen in intensiven Gesprächen  
16 um Antworten gerungen. Wir wollen aus unterschiedlichen Auffassungen neue  
17 und überzeugende Antworten gewinnen.

18  
19 Wir wollen Chancen, Respekt und Sicherheit für alle, damit sich jede und jeder  
20 gleichermaßen in unserem Land entfalten kann. Wir wollen das Vertrauen in  
21 unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat stärken. Wir stehen zu unserer  
22 Verantwortung für Europa und in der Welt.

- 23
- 24 • Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, einen  
25 funktionierenden Sozialstaat und die Solidität der öffentlichen Finanzen  
26 gleichermaßen stärken. Dies alles bedingt einander.
  - 27
  - 28 • Wir wollen unseren Beitrag für den weltweiten Klimaschutz leisten, denn  
29 der Klimawandel bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen der  
30 Menschen. Ökologie und Ökonomie gehören zusammen.
  - 31
  - 32 • Wir fördern und entlasten umfassend Familien und Kinder, weil sie die  
33 Grundlage unseres Zusammenlebens und unserer Zukunft sind.
  - 34
  - 35 • Wir wollen faire und gleiche Chancen für alle durch beste Bildung. Dies  
36 ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, eine innovative und  
37 gerechte Gesellschaft sowie nachhaltiges Wachstum und Wohlstand.
  - 38

- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- Wir wollen eine freie und offene Gesellschaft. Wir setzen uns ein für Gleichberechtigung, Bürgerrechte und einen starken Rechtsstaat.
  - Wir schützen die Menschen und ihre Freiheit durch gut ausgestattete Polizei und Sicherheitskräfte. Denn Freiheit kann nur in Sicherheit gelebt werden.
  - Wir wollen Integration fördern sowie Migration steuern [und begrenzen]. Erst dadurch wird es möglich, dass wir sowohl der Verantwortung gegenüber unserem Land als auch unserer humanitären Verantwortung gerecht werden.
  - Wir wollen die Chancen der Digitalisierung ergreifen für mehr Lebensqualität und Teilhabe, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft sowie einen modernen und bürgernahen Staat.
  - Wir wollen die Menschen bei Steuern, Abgaben und Bürokratie entlasten.
  - Wir wollen die Möglichkeit zu sozialer und gerechter Gestaltung unserer Sicherungssysteme ausbauen.
  - Wir zielen auf gleichwertige Lebensverhältnisse überall im Land. Dabei wollen wir insbesondere ländliche Räume stärken.
  - Wir wollen ein starkes Europa. Denn Deutschland kann es nur gut gehen, wenn es Europa gut geht.

68 Wir sind in unseren Gesprächen noch nicht am Ziel. Wir haben einen ersten  
69 Schritt getan und genug Gemeinsamkeiten erarbeitet, um die Aufnahme von  
70 Koalitionsverhandlungen zu empfehlen. Auf dieser verbindlichen, aber nicht  
71 abschließenden Grundlage können wir Koalitionsverhandlungen führen.

72

## 73 1. Wirtschaft, Wohlstand, Arbeit und Steuern

74

75 Deutschland verfügt über eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt.  
76 Grundlage dieser Stärke ist die Soziale Marktwirtschaft und unsere weltweit  
77 einzigartige Wirtschaftsstruktur aus großen, mittleren und kleinen  
78 Unternehmen. Selbständige, freie Berufe, Handwerk und Mittelstand sind das  
79 Rückgrat unserer Wirtschaft und schaffen mit Abstand die meisten Arbeits-  
80 und Ausbildungsplätze in Deutschland.

81

82 Um dieses Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu erhalten und  
83 fortzuentwickeln, wollen wir die Herausforderungen und Chancen einer  
84 zunehmenden Globalisierung und der Digitalisierung gestalten und die  
85 Klimaschutzziele einhalten.

86

87 Die technische und ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft lässt sich  
88 am besten durch die Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft  
89 gestalten. Soziale Marktwirtschaft verlangt Teilhabe aller und fairen  
90 Wettbewerb.

91

92 Dabei leiten uns folgende Grundsätze:

93

- 94 - Wir wollen Vollbeschäftigung in unserem Land erreichen.
- 95 - Freiheitliches unternehmerisches Handeln und Verantwortung für das  
96 eigene Tun sind zwei Seiten einer Medaille. Es gilt die Einheit von  
97 Handeln, Verantwortung und Haftung.
- 98 - Wir wollen Bürokratie abbauen insbesondere für Gründer und Start-ups,  
99 um den Beginn von Selbständigkeit zu vereinfachen.
- 100 - Wir sehen die Tarifpartnerschaft als Stärke unserer Wirtschaft, die es zu  
101 erhalten gilt.
- 102 - Wir setzen auf Anreize zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft  
103 sowie Chancengerechtigkeit als Grundlage für Investitionen, nachhaltiges  
104 Wachstum und Arbeitsplätze.
- 105 - Wir wollen die Spitzentechnologien in Deutschland halten, ausbauen und  
106 fördern. Zum Beispiel wollen wir, dass zukunftsfähige  
107 Energiespeichermedien wie Batteriezellen bei uns und in Europa besser  
108 erforscht, entwickelt und produziert werden.

109

110 Kleine Selbständige/Stärkung der freien Berufe/Gründerkultur und  
111 Wagniskapital

112

113 Wir wollen die freien Berufe stärken und ausbauen.

114

- 115 - Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass die  
116 Mitgliedsländer ihre Konditionen für das Anbieten von Dienstleistungen in

117 diesem Sinne weiter selbst regulieren können. Das Herkunftslandprinzip  
118 darf nicht durch die Hintertür eingeführt werden.

119 - Wir wollen den Meisterbrief erhalten.

120

121 Wir wollen Unternehmensgründungen erleichtern und weiter fördern, um  
122 insbesondere den Beginn von Selbständigkeit zu vereinfachen. Wir wollen  
123 eine neue Gründungsmentalität. Dazu wollen wir eine „neue Gründerkultur“  
124 etablieren, etwa mit einem Gründer- und Starter-Paket. Dazu gehören unter  
125 anderem:

126

127 - Gründerstipendium,

128 - Gründerkapital,

129 - Rahmenbedingungen Crowdfunding.

130 - Wir wollen die Zugänge zu Wagniskapital für Startups und Unternehmen  
131 in der Wachstumsphase stärken und soweit erforderlich mit einem  
132 Venture Capital Gesetz die steuerlichen Förderbedingungen hierfür  
133 verbessern.

134 - Wir wollen unnötige Bürokratie insbesondere für Gründer und Startups  
135 abbauen und dabei auch die Chancen der Digitalisierung nutzen (siehe 5.  
136 Bürokratieabbau).

137 - Wir wollen insbesondere Existenzgründerinnen den Weg in die  
138 Selbständigkeit ebnen.

139

140 Wir wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für digitale  
141 Geschäftsmodelle verbessern, indem wir die Zugänge zu Wagniskapital für  
142 Startups und Unternehmen in der Wachstumsphase stärken,  
143 wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen (Ökosysteme) schaffen und die  
144 Vernetzung von Unternehmen untereinander und mit anderen Akteuren der  
145 digitalen Transformation verbessern.

146

#### 147 Wettbewerbs- und Kartellrecht

148

149 Wir wollen das Wettbewerbs- und Kartellrecht stärken und fit machen für das  
150 digitale Zeitalter. Fairer Wettbewerb ist die tragende Säule der sozialen  
151 Marktwirtschaft und Motor für Innovation und Kreativität. Dabei steht das  
152 Interesse an funktionierenden Märkten und sicheren Daten im Vordergrund.

153

154 - Wir werden [in Koalitionsverhandlungen] prüfen, welche Instrumente des  
155 Wettbewerbsrechts dafür geschärft werden müssen.  
156 (Anwendungsbereich Ministererlaubnis, EU-Fusionskontrolle,  
157 Entflechtungsmöglichkeit).

158 - Wir wollen eine schnellere Durchführung von Missbrauchsverfahren.

159 - Für die Vereinbarkeit des Kartellrechts mit den Belangen von  
160 Genossenschaften, die wir stärken wollen, werden wir Leitlinien  
161 entwickeln.

- 162 - Fairen Wettbewerb sichern, mit der Anpassung des Wettbewerbsrechts  
163 durch die Einschränkung des Abmahnmissbrauchs.

164

### 165 Green Finance

166

167 Wir wollen die Rahmenbedingungen für nachhaltige Finanzprodukte (Green  
168 Bonds, Green Infrastructure) EU-weit verbessern. Wir unterstützen die  
169 Erarbeitung einer Anlagekategorie für nachhaltige Finanzprodukte, soweit  
170 hiermit für berichtspflichtige Unternehmen und Kapitalmarktunternehmen keine  
171 überzogenen Bürokratielasten verbunden sind. Nachhaltige Kapitalanlagen  
172 stellen einen Wachstumsmarkt dar und können den Finanzplatz Deutschland  
173 stärken.

174

175 [Zudem wollen wir eine Divestment-Strategie des Bundes sowie seiner  
176 Stiftungen, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts auf- und  
177 ausbauen. Hierbei darf das Ziel einer möglichst ertragreichen Anlage nicht aus  
178 dem Blick geraten.]

179

### 180 Bürokratieabbau

181

182 Wir wollen unnötige Bürokratie abbauen.

183

- 184 - Wir werden bestehende und künftige Regelungen einer Kosten-Nutzen-  
185 Analyse unterziehen und den Leitfaden zur Ermittlung und Darstellung  
186 des Erfüllungsaufwandes überarbeiten.
- 187 - Wir prüfen weitere bürokratische Entlastungen bei der Vorfälligkeit der  
188 Sozialversicherungsbeiträge.
- 189 - Wir werden die Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen unter  
190 Berücksichtigung der Möglichkeiten der Digitalisierung überprüfen.

191

192 [Wir wollen eine zeitliche Begrenzung von Gesetzen sowie eine qualitative und  
193 quantitative Weiterentwicklung der one-in-one-out-Regelung. Ggf. One-in-two-  
194 out-Regelung. Entbürokratisierung Mindestlohn. 1-zu-1-Umsetzung EU-  
195 Richtlinien. Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts. Regelungen zum Schutz von  
196 Menschenrechten, der Interessen der Beschäftigten sowie der Umwelt sind  
197 vom Bürokratieabbau ausgeschlossen.]

198

### 199 Balance zwischen ökologischer und wachstumsorientierter Politik

200

201 Soziale Marktwirtschaft fördert keine Monopole und wirtschaftliche  
202 Machtballungen. Freier und fairer Handel [und eine exportorientierte  
203 marktwirtschaftliche Außenwirtschaftspolitik sind] ist eine wichtige Säule der  
204 sozialen Marktwirtschaft und schafft Wohlstand für alle Beteiligten. Soziale  
205 Marktwirtschaft heißt auch, die Verzahnung von Ökonomie, Ökologie und  
206 sozialen Aspekten. Deutsche Produkte sind nachhaltig und auch deshalb

207 international gefragt. In vielen Umwelttechnologien ist Deutschland  
208 Exportweltmeister. Derzeit nimmt die deutsche Wirtschaft im Bereich Umwelt-  
209 und Effizienztechnologien eine führende Stellung ein. Ziel soll es sein, dass  
210 dies auch im Bereich digitaler Umwelt-, Effizienz- und Steuerungstechnologien  
211 in der Industrieproduktion und in den Bereichen Energie und Mobilität  
212 dauerhaft gelingt. Die Digitalisierung soll als Nachhaltigkeitsmotor Energie-  
213 und Ressourceneffizienz entscheidend voranbringen.

214

215 - Daher wollen wir Forschung und Entwicklung weiter technologieoffen  
216 vorantreiben.

217 - Wir wollen Innovationen und Kreativität fördern – mit einer steuerlichen  
218 Forschungsförderung mit besonderer Mittelstandsprägung.

219 - Zur Fachkräftesicherung muss die Weiterbildung und Qualifizierung  
220 gemeinsam mit Tarifpartnern und Ländern weiter ausgebaut werden.

221

## 222 Langzeitarbeitslose

223

224 Gemeinsames Ziel ist es, mehr Langzeitarbeitslosen den Einstieg in den  
225 Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Deshalb wollen wir

226 - die nachholende Qualifizierung ausbauen sowie uns um spezielle  
227 Zielgruppen (u.a. Alleinerziehende und junge Erwachsene ohne Schul-  
228 und Ausbildungsabschluss) intensiver kümmern.

229 - die Fördermaßnahmen der Jobcenter evaluieren, vergleichbar machen  
230 und verbessern sowie mehr regionale Entscheidungsspielräume  
231 ermöglichen.

232 - die Zuverdienstgrenzen im Arbeitslosengeld II gezielt verbessern, um  
233 mehr Menschen aus dem Transferbezug herauszuholen. Fehlanreize  
234 sind dabei zu vermeiden.

235 - eine dauerhafte gezielte Förderung für Langzeitarbeitslose mit  
236 mehrfachen Vermittlungshemmnissen über einen Passiv-Aktiv-Transfer  
237 einführen, um sie an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen. Dabei sind  
238 Fehlanreize zu vermeiden.

239

## 240 Arbeitsmarkt

241

242 - Wir wollen befristete Arbeitsverträge mit und ohne Sachgrund erhalten,  
243 aber ihren Missbrauch bekämpfen.

244 - Der Mindestlohn gilt. Wir wollen sicherstellen, dass ehrenamtliche  
245 Tätigkeit nicht erschwert wird. [Darüber hinaus wollen wir eine  
246 Entbürokratisierung, z.B. bei Dokumentationspflichten,  
247 Auftraggeberhaftung und Praktika erreichen.]

- 248 - [Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so verändern, dass die Spielräume  
249 der EU-Arbeitszeitrichtlinie [durch die Tarifpartner] genutzt werden  
250 können.]  
251 - [Wir wollen die Mini- und Midijob-Grenze dynamisieren] [und im  
252 Gegenzug eine Rentenversicherungspflicht einführen].

253

### 254 Paket kleine Selbständige

255

256 Wir wollen Selbstständigkeit fördern und Selbständige entlasten, unter  
257 anderem durch Bürokratieabbau, insbesondere bei der Statusfeststellung, und  
258 eine Reduzierung der Mindest-Krankenversicherungsbeiträge.

259 In Verbindung damit wollen wir auch eine gründerfreundliche Pflicht zur  
260 Altersvorsorge für nicht anderweitig abgesicherte Selbständige einführen, die  
261 Wahlfreiheit sicherstellt. Selbständige sollen frei in der Wahl ihrer Absicherung  
262 sein, wenn diese insolvenzsicher ist und zu einer Absicherung oberhalb des  
263 Grundsicherungsniveaus führt.

264 Die Riesterförderung soll künftig auch Selbständigen offenstehen.

265

266

267

268 **2. Klima, Energie und Umwelt**

269

270 Klimaziele 2020, 2030, 2050 einhalten

271

272 1. Das Klimaschutzabkommen von Paris sowie die europäischen und  
273 nationalen Klimaziele für 2020, 2030 und 2050 gelten.

274

275 2. Wir wollen die Einhaltung dieser Ziele erreichen und gleichzeitig die  
276 Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie sowie die  
277 Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft gewährleisten.

278

279 3. Zur Erreichung dieses Zieldreiecks sind zusätzliche Maßnahmen in  
280 folgenden relevanten Bereichen erforderlich:

281

282 Sofortprogramm, zusätzliche Reduktionsbeiträge für 2020, Beitrag der Kohle  
283 zur CO<sub>2</sub> Reduzierung

284

285 [Die Handlungslücke zur Erreichung des Klimaschutzziels 2020 beträgt nach  
286 derzeitigen Schätzungen zwischen 32 und 66 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Diese  
287 Lücke wird bis zur Hälfte durch die Reduzierung der Kohleverstromung  
288 geschlossen. Zur Wahrung der Versorgungssicherheit wird die  
289 Kohleverstromung damit bis zum Jahr 2020 um höchstens 3 bis 5 Gigawatt  
290 reduziert.] [CDU, CSU, FDP]

291

292 [Die Handlungslücke zur Erreichung des Klimaschutzziels 2020 beträgt nach  
293 derzeitigen Schätzungen zwischen 90 und 120 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Zur  
294 Schließung der Lücke müssen alle Sektoren ihren Beitrag leisten. Mindestens  
295 die Hälfte dieser Lücke wird durch die Reduzierung der Kohleverstromung  
296 geschlossen. Daraus folgt, dass die Kohleverstromung bis zum Jahr 2020 um  
297 8 bis 10 Gigawatt zu reduzieren ist. Darüber hinaus werden wir ein  
298 Kohleausstiegsgesetz beschließen, mit dem wir die Pariser Klimaziele  
299 erfüllen.] [Grüne]

300

301 Dies muss planbar und sozialverträglich erfolgen. Die Interessen der Regionen  
302 und der Beschäftigten müssen dabei gewahrt bleiben. Den Strukturwandel  
303 werden wir [finanziell] [CDU, CSU, Grüne] unterstützen.

304

305 Die verbleibende Lücke [wird] [Grüne] [wollen wir] [CDU, CSU, FDP] durch  
306 Maßnahmen in weiteren Bereichen [geschlossen] [Grüne] schließen [CDU,



307 CSU FDP]. Dazu gehören unter anderem zusätzliche Anstrengungen bei den  
308 Erneuerbaren Energien, Austauschprogramm Heizungen,  
309 Gebäudesanierungen und die Förderung alternativer Antriebsformen,  
310 insbesondere Elektromobilität.

311

### 312 Erneuerbare Energien

313

314 Wir wollen eine Reform des EEG, die dazu beiträgt, die Erneuerbaren  
315 Energien zur Marktreife zu bringen. Wir werden den Ausbau der erneuerbaren  
316 Energien [analog zu den Klimazielen] [Grüne] kosteneffizient [beschleunigen]  
317 [Grüne] [vorantreiben] [CDU, CSU, FDP]. [Wir werden die gesetzliche  
318 Deckelung von Ökostrom streichen.] [Grüne]  
319 [Wir werden die EEG-Umlage für Neuanlagen abschaffen. Für alte Anlagen gilt  
320 Bestandsschutz.] [FDP]

321

322 Wir werden die Ausschreibungen reformieren, um die Projektumsetzung, die  
323 regionale Verteilung, die Akzeptanz der Anwohner sowie den Umwelt- und  
324 Landschaftsschutz beim Ausbau der Erneuerbaren Energien sicherzustellen.  
325 Wir wollen den Netzausbau beschleunigen. [Wir werden dafür das  
326 Netzausbaubeschleunigungsgesetz novellieren.] [CDU, CSU, FDP]

327

### 328 Speichertechnologien

329

330 Wir werden Speichertechnologien durch Forschung und Entwicklung von  
331 Batterietechnologien sowie Power-to-„X“-Verfahren, den weiteren Abbau von  
332 bürokratischen Hemmnissen sowie von Umlagen und Abgaben voranbringen  
333 und weiter fördern.

334

335 Wir werden die Sektorenkopplung und die Nutzung von Kraft-Wärme-  
336 Kopplung voranbringen.

337

### 338 Austauschprogramm Heizungen, Gebäudesanierung

339

340 Wir legen ein unbürokratisches Förderprogramm für den Austausch alter  
341 Heizungen zu Gunsten klimafreundlicher Heizsysteme unter Einbeziehung  
342 Erneuerbarer Energien auf. Wir werden die energetische Gebäudesanierung  
343 [für selbstnutzende Eigentümer] [Grüne] steuerlich fördern.

344

345 [Wir werden Kommunen mit einem neuen Förderprogramm bei der  
346 sozialverträglichen energetischen Sanierung von Wohnquartieren  
347 unterstützen] [Grüne].

348

#### 349 Weitere Maßnahmen

350

351 Wir wollen den Emissionshandel stärken,  
352 [die Einführung von Emissionshandelssystem in den Bereichen Verkehr und  
353 Wohnen prüfen und im Gegenzug die Stromsteuer auf das europäische  
354 Mindestmaß senken.] [CDU, CSU, FDP]

355 [deswegen wollen wir einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im Rahmen der verstärkten  
356 Zusammenarbeit in Europa einführen.] [Grüne]

357

358 [Wir wollen eine aufkommensneutrale, am CO<sub>2</sub>-Gehalt orientierte Reform der  
359 Energiesteuern auf Heiz- und Kraftstoffe, unter Berücksichtigung der  
360 Stromsteuer.] [Grüne]

361

362 Wir ermöglichen die degressive Abschreibung für Effizienzmaßnahmen in der  
363 Industrie und für CO<sub>2</sub>-arme Prozesse.

364

365 Wir steigen in die CO<sub>2</sub>-Kreislaufwirtschaft ein.

366

367 Wir digitalisieren und flexibilisieren die Energieinfrastruktur.

368

369 Wir stärken den internationalen Klimaschutz.

370

371 [Wir garantieren Planungssicherheit für energieintensive Unternehmen zur  
372 Vermeidung von Carbon Leakage]. [CDU, CSU, FDP]

373

#### 374 Verkehrssystem

375 Wir werden die Potentiale der Digitalisierung und neuer Technologien  
376 emissionsarmer Mobilität (insbesondere Elektromobilität) stärker nutzen, um  
377 Verkehr effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten und Staus zu  
378 reduzieren.

379

#### 380 Umwelt

381 Wir sind der Bewahrung der Schöpfung für uns und unsere Kinder verpflichtet.  
382 Eine saubere Umwelt und der Schutz unserer einzigartigen Natur sind unser  
383 Ziel. Dafür werden wir wirksame Maßnahmen ergreifen, um den Artenschwund

384 zu stoppen, [die Landnutzung umweltgerecht zu gestalten] [FDP], Wasser und  
385 Böden besser zu schützen, die Luft sauber zu halten und unsere wertvollen  
386 Ressourcen im Kreislauf zu führen.

387

388 [Wir werden umgehend die Ursachen des Rückgangs der  
389 Insektenpopulationen untersuchen und gleichzeitig ein Sofortprogramm für  
390 den Schutz und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Insekten  
391 erarbeiten und umsetzen.] [CDU, CSU, Grüne].

392

393 [Wir werden Umwelt- und Klimapolitik gemeinsam mit allen gesellschaftlichen  
394 Partnern effizient, technologieoffen und innovationsfördernd gestalten und  
395 damit den Wirtschaftsstandort stärken und Arbeitsplätze sichern und  
396 zukunftsfähig machen.] [CDU, CSU, FDP].

397

398

### 399 **3. Familien und Kinder, Frauen, Senioren und Jugend**

400

401 Eine gute Politik für Familien und Kinder ist für uns von zentraler Bedeutung.  
402 Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass Familien so  
403 leben können, wie sie es sich selbst wünschen. Dafür brauchen sie finanzielle  
404 Unterstützung, Zeit für Familie und eine passgenaue Infrastruktur zur  
405 besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Bildung- und  
406 Betreuungsangebote.

407

408 Wir wollen alle Familien finanziell entlasten und den Bezug von  
409 familienbezogenen Leistungen zielgenauer und unbürokratischer gestalten.  
410 Dabei steht für uns die Bekämpfung der Kinderarmut in einem besonderen  
411 Fokus.

412

413 Zur besseren Absicherung von Kindern, werden wir folgende Maßnahmen  
414 ergreifen:

415 Das Kindergeld wird deutlich erhöht. Der Kinderzuschlag wird zukünftig  
416 automatisch ausgezahlt, um sicher zu stellen, dass alle Kinder, die einen  
417 Anspruch darauf haben, den Zuschlag auch erhalten. Der Auszahlungsbetrag  
418 wird erhöht, so dass er zusammen mit dem Kindergeld den Mindestbedarf  
419 nach Lebensalter garantiert. Zudem wird die Höchsteinkommensgrenze  
420 abgeschafft. Neben dem Kindergeld wird auch der Kinderfreibetrag erhöht.  
421 Auch die Bedarfe für Bildung und Teilhabe sollen verbessert werden: Das  
422 Schulstarterpaket soll erhöht werden und der Eigenanteil zur  
423 gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen soll entfallen.

424

425 Wir wollen Leistungen bündeln und auf ihre Wechselwirkung mit anderen  
426 Leistungen hin überprüfen. Insbesondere wollen wir Anreize setzen, die die  
427 Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auf Seiten der Eltern befördern und  
428 sicherstellen, dass sich Erwerbstätigkeit lohnt.

429

430 \* Anlage:

431 Vorstellungen konkret:

- 432 • 25€ Erhöhung Kindergeld, entsprechende Erhöhung Freibetrag [auf 8.000
- 433 €]
- 434 • Kinderzuschlag und Kindergeld sollen zusammen Mindestbedarf nach
- 435 Lebensalter decken – durchschnittlich 399 € / In 2018
- 436 • Schulstarterpaket erhöhen von 100€ auf 153€
- 437 • Eigenanteil zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung: 1 €

438

439 Damit Mütter und Väter Familie und Beruf besser vereinbaren können, wollen  
440 wir bedarfsgerecht flexible, qualitativ hochwertige Bildungs- und  
441 Betreuungsangebote in Krippen und Kitas und für Grundschulkindern fördern.

442

443 Der Bund wird sich weiterhin an der Finanzierung zusätzlicher Krippen- und  
444 Kita-Plätze wie auch der Tagespflege und an Maßnahmen zur Verbesserung  
445 der Qualität beteiligen. Für den bedarfsgerechten Ausbau der  
446 Betreuungsangebote soll der bisherige Haushaltsansatz („Sondervermögen  
447 Kinderbetreuungsausbau“) weitergeführt bzw. bedarfsgerecht erhöht werden.  
448 [CSU: Wir stehen für die Wahlfreiheit der Eltern im Hinblick auf Erziehung und  
449 Betreuung ihrer Kinder. Daher stellt der Bund daneben den Ländern die Mittel  
450 aus dem früheren Betreuungsgeld (Betreuungsgeldmilliarde) über 2018  
451 unbefristet zur Verfügung.] Die Qualität in den Kindertageseinrichtungen soll  
452 durch die Umsetzung des Beschlusses der JFMK vom Mai 2017 verbessert  
453 werden.

454

455 [Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für  
456 Grundschulkindern. Vorbehaltlich der Einigung über den Umsetzungsweg (z.B.  
457 Wegfall Kooperationsverbot)]

458

459 Im Familienrecht müssen das Kind und sein Wohl im Mittelpunkt stehen.  
460 [Grüne: Seine Bindungen zu leiblichen wie sozialen Eltern sollen geschützt  
461 werden. Wir wollen die rechtlichen Konsequenzen der „Ehe für alle“ schnell  
462 umsetzen und dabei insbesondere eine Regelung schaffen, um die  
463 Stiefkindadoption überflüssig zu machen. Elternschaftsvereinbarungen schon  
464 vor der Zeugung wollen wir möglich machen. In einer Kommission werden wir  
465 außerdem prüfen, welche weiteren familienrechtlichen Fragen einer  
466 Präzisierung bzw. Neuregelung bedürfen. Zudem wollen wir das  
467 Transsexuellengesetz reformieren, dabei insbesondere Namen- und  
468 Personenstandsänderung erleichtern, und das Urteil des  
469 Bundesverfassungsgerichts zur Intersexualität umgehend umsetzen. Zudem  
470 wollen wir einen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit aufstellen  
471 und konsequent umsetzen. Die Diskriminierung unverheirateter und lesbischer  
472 Paare beim Zugang zur Reproduktionsmedizin wollen wir beenden.]

473 [FDP: Modernes Familienrecht Im Familienrecht müssen das Kind und sein  
474 Wohl im Mittelpunkt stehen. Seine Bindungen zu leiblichen wie sozialen Eltern  
475 sollen geschützt werden. Wir wollen die rechtlichen Konsequenzen der „Ehe  
476 für alle“ schnell umsetzen und dabei insbesondere eine Regelung schaffen,

477 um die Stiefkindadoption in den Fällen überflüssig zu machen, in denen der  
478 leibliche Vater nicht rechtlicher Vater sein will. Um in den anderen Fällen  
479 Rechtssicherheit zu schaffen, wollen wir Elternschaftsvereinbarungen schon  
480 vor der Zeugung möglich machen. In einer Kommission werden wir außerdem  
481 prüfen, welche weiteren familienrechtlichen Fragen einer Präzisierung bzw.  
482 Neuregelung bedürfen. Zudem wollen wir das Transsexuellengesetz  
483 reformieren, dabei insbesondere Namen- und Personenstandsänderung  
484 erleichtern, und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Intersexualität  
485 umgehend umsetzen. Wir werden einen eigenständigen Aktionsplan gegen  
486 Homo- und Transfeindlichkeit mit konkreten und nachprüfbaren Maßnahmen  
487 entwickeln und umsetzen, der auch die Arbeitswelt einschließt. Abstimmungen  
488 zu Fragen der Reproduktionsmedizin werden wir freigeben. Das sog.  
489 Wechselmodell als Modell zur Regelung der Betreuung minderjähriger Kinder  
490 machen wir nach Trennung oder Scheidung der Eltern zum Regelfall, wenn  
491 das Kindeswohl dem nicht entgegensteht und die Eltern keine  
492 einvernehmliche Regelung treffen.]

493 [Union: Wir schützen und fördern Ehe und Familie ohne dabei andere  
494 Lebensformen auszugrenzen oder zu diskriminieren. Wir sehen und  
495 anerkennen die einzelnen Lebensentwürfe und die damit verbundenen  
496 unterschiedlichen Familienmodelle. Das BGB gibt bereits heute die  
497 Möglichkeit, individuell darauf zu reagieren. Das Kindeswohl im Einzelfall ist  
498 und bleibt für uns der Maßstab für Aufenthalts- und Betreuungsregelungen. Die  
499 Möglichkeiten zur Anerkennung von im Ausland geschlossenen Mehrehen  
500 werden wir abschaffen.

501 Wir verurteilen Diskriminierung jeder Art und treten ihr energisch entgegen.  
502 Den entsprechenden Nationalen Aktionsplan von 2017 werden wir  
503 insbesondere auf seine Vorschläge gegen Diskriminierung aus Gründen der  
504 sexuellen Identität überprüfen, wo nötig ergänzen und umsetzen. In diesem  
505 Kontext erfolgte Maßgaben des Bundesverfassungsgerichtes werden wir zügig  
506 umsetzen.]

507

508 Wir wollen, dass Familien mehr Zeit füreinander haben und insbesondere  
509 Beruf und Pflege miteinander vereinbar sind. Im Sinne von Wahlfreiheit wollen  
510 wir Eltern darin unterstützen, ihrem Wunsch nach einer partnerschaftlichen  
511 Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit entsprechen zu können. Das  
512 Thema Lebensarbeitszeitkonten, Familienzeitkonten und KinderZeit Plus wird  
513 im Rahmen eventueller Koalitionsverhandlungen näher beraten.

514

515 Im Bereich der Gleichstellung wurden Fortschritte erreicht, aber weitere  
516 Anstrengungen sind notwendig.

517

518 [Union und Grüne bekennen sich zu dem grundsätzlichen Ziel, einen  
519 Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit gesetzlich zu verankern, wobei sie dies  
520 an folgende unterschiedliche Bedingungen knüpfen wollen:

521 • Bündnis 90/DIE GRÜNEN möchten eine Regelung analog zur Regelung  
522 im Teilzeit- und Befristungsgesetz (insbesondere: soll für Betriebe ab 15  
523 Mitarbeitern gelten)

524 • Für die Union bedürfen die Frage der Betriebsgröße (200 Arbeitnehmer)  
525 sowie die Frage, ob der Anspruch anlasslos oder für bestimmte  
526 Lebenssituationen (Kinderziehung, Pflege) gelten soll, der besonderen  
527 Klärung.

528 • Für die FDP ist die Zustimmung zu diesem dieses Ziel an weitere  
529 Bedingungen zu knüpfen (der Arbeitnehmer muss für mind. 1 Jahr in Teilzeit  
530 gehen und seine Arbeitszeit auf min. 50 Prozent reduzieren, die Regelung gilt  
531 nur für einen max. Anteil der Belegschaft von 10 oder 15 Prozent).]

532

533 [Grüne: Abschaffung Ehegattensplitting für Neu-Ehen]

534 [FDP, Grüne: Auswirkungen des aktuellen Steuerrechts auf die ökonomische  
535 Ungleichheit zwischen Männern und Frauen wollen wir reduzieren. Bei  
536 Erwerbstätigkeit beider Partner erhalten beide die Steuerklasse IV und können  
537 auf Antrag das Faktorverfahren wählen. Einseitige Modelle, wie die  
538 Steuerklasse V, wollen wir abschaffen. Die Steuerklasse III bleibt erhalten.]

539 [Union: Beibehaltung Ehegattensplitting]

540 [CSU: keine Änderung des Steuersystems]

541

542 [Union + FDP:] Gewalt gegen Frauen, Bedrohungen und Übergriffe müssen  
543 konsequent verfolgt und bestraft werden, Schutz- und Aufnahmeeinrichtung  
544 zur Verfügung gestellt werden. Der Bund ist bereit, sich an der Aus- und  
545 Fortbildung der in diesen Einrichtungen Beschäftigten angemessen zu  
546 beteiligen.]

547 [Grüne: Gewalt gegen Frauen, Bedrohungen und Übergriffe müssen  
548 konsequent verfolgt und bestraft werden. Wir werden für eine sichere und  
549 ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern unter Beteiligung des Bundes  
550 sorgen. Keine Frau in Not darf abgewiesen werden. Hierzu werden wir  
551 gemeinsam mit den Ländern zu Beginn dieser Legislaturperiode ein Konzept  
552 erarbeiten und innerhalb dieser Legislaturperiode umsetzen.]

553

554 Gerade in ein einer alternden Gesellschaft dürfen die Interessen der Kinder  
555 und Jugendlichen nicht hinten anstehen. Wir wollen deshalb dafür sorgen,  
556 dass die Belange der Kinder und Jugendlichen eine wichtige Rolle spielen.

557

558 Wir wollen die Rechte von Kindern ausdrücklich ins Grundgesetz aufnehmen.

559



#### 560 **4. Soziales, Rente, Gesundheit und Pflege**

561

##### 562 Sozialversicherungsbeiträge

563 Unser gemeinsames Ziel ist die Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge  
564 [unter 40 Prozent]. Dazu sollen unter anderem versicherungsfremde  
565 Leistungen künftig stärker als bisher über Steuern finanziert werden.

566 [Den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wollen wir senken, sobald eine  
567 ausreichende Rücklage erreicht ist.]

568

##### 569 Rente

570

571 [Es ist zu erwarten, dass das Rentenniveau und die Beitragssätze in dieser  
572 Legislaturperiode stabil bleiben.]

573

574 [Wir wollen das Rentenniveau und die Beitragssätze für die Dauer der  
575 Legislaturperiode stabil halten durch geeignete Maßnahmen im Rahmen der  
576 geltenden Rentenformel.]

577

##### 578 Rentenpolitische Maßnahmen

579

580 - Wir werden die Erwerbsminderungsrente weiter verbessern. Dazu wird  
581 die Zurechnungszeit von derzeit 62 Jahren auf das derzeit geltende  
582 gesetzliche Renteneintrittsalter (65 Jahre und 8 Monate) angehoben  
583 und anschließend schrittweise weiter parallel zum Anstieg des  
584 Renteneintrittsalters angepasst.

585 - Private Vorsorge stärken: Unser gemeinsames Ziel ist die Verbesserung  
586 der privaten Altersvorsorge, im Zuge dessen sprechen wir über deren  
587 Verbreitung, eine Verbesserung der Anlagemöglichkeiten (z.B. durch ein  
588 Standardprodukt), die Verbraucherfreundlichkeit, sowie die Förderung  
589 von Geringverdienern und die Einführung einer säulenübergreifenden  
590 digitalen Vorsorge-Information für mehr Transparenz.

591 - Rentnerinnen und Rentner, die Anspruch auf Grundsicherung haben,  
592 sollen die Beantragung unter dem Dach der Rentenversicherung  
593 vornehmen und die Auszahlung aus einer Hand erhalten.

594 - [Die Verbesserung der Mütterrente a) durch einen zusätzlichen 3. Punkt,  
595 b) durch die Nicht-Anrechnung der bestehenden Mütterrente auf die  
596 Grundsicherung. Die Frage der Steuerfinanzierung der Mütterrente.]

597 - [Abschaffung der Doppelverbeitragung für Direktversicherungen].

598 - Flexibilisierung Renteneintritt: [Es ist strittig, ob dies als rentenpolitische  
599 Maßnahme a) unmittelbar vereinbart werden soll oder die  
600 Flexibilisierung Thema b) in der Koalitions-Arbeitsgruppe oder c) in der  
601 Rentenkommission sein soll.]:  
602 [Wir wollen einen flexiblen Renteneintritt schaffen, in dem die Menschen  
603 bei versicherungsmathematisch korrekter Berechnung freier  
604 entscheiden können, wann sie in Rente gehen.]  
605 [Wir prüfen weitere Möglichkeiten der Flexibilisierung beim  
606 Renteneintritt.]

#### 607 608 Koalitions-Arbeitsgruppe (terminiert bis Ende 2018)

609 Uns eint der Wille, dass jemand der länger gearbeitet hat, im Alter mehr haben  
610 soll als die Grundsicherung. Hierfür gibt es verschiedene Vorstellungen und  
611 Modelle (z.B. Ausweitung von Freibeträgen in der Grundsicherung, Rente  
612 nach Mindestentgeltpunkten, Modell einer Garantierente). Hierüber wird die  
613 Koalition bis Ende 2018 entscheiden und in dieser Wahlperiode umsetzen.

614

#### 615 Rentenkommission

616 Im Mittelpunkt der Rentenkommission steht die Frage nach der mittel- und  
617 langfristigen Zielsetzung des Rentenniveaus und der Beitragssatzentwicklung  
618 unter Berücksichtigung der Generationengerechtigkeit. Die Kommission  
619 besteht aus Vertretern von Politik, Wissenschaft und Sozialpartnern. Über die  
620 Besetzung der Kommission entscheidet die Koalition. Die Kommission legt bis  
621 Ende 2019 ihre Ergebnisse vor. Sollte sich vor dem Jahr 2030 aufgrund der  
622 Empfehlungen der Kommission Handlungsbedarf ergeben, werden wir die  
623 notwendigen Maßnahmen ergreifen.

624

#### 625 Pflege

626

#### 627 Sofortprogramm

628 Wir wollen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und  
629 Krankenpflege sofort und deutlich spürbar verbessern. Es werden  
630 Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung in der Altenpflege  
631 und im Krankenhausbereich ergriffen und dafür zusätzliche Stellen  
632 zielgerichtet gefördert. Dieses Programm umfasst unter anderem eine  
633 Ausbildungsoffensive, Anreize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit,  
634 ein Wiedereinstiegsprogramm, eine bessere Gesundheitsvorsorge für die  
635 Beschäftigten sowie eine Weiterqualifizierung von Pflegehelfern zu  
636 Pflegefachkräften.

637

638 Im Krankenhausbereich streben wir zusätzlich eine vollständige  
639 Refinanzierung von Tarifsteigerungen an verbunden mit der Nachweispflicht,  
640 dass dies auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt.

641

642 Wir wollen eine „konzertierte Aktion Pflege“ zur bedarfsgerechten  
643 Weiterentwicklung der Situation in der Altenpflege. Dazu gehören  
644 insbesondere Angebote in der Kurzzeit- und Tagespflege, die besonders  
645 pflegende Angehörige unterstützen.

646

#### 647 Arbeitsbedingungen Pflege

648 Dem Sofortprogramm müssen weitere Schritte folgen. Deshalb entwickeln wir  
649 verbindliche Personalbemessungsinstrumente.

650 Schulgeld

651

652 Wir wollen das Schulgeld für die Ausbildung in den Heilberufen abschaffen, so  
653 wie es in den Pflegeberufen bereits beschlossen wurde.

654 Einkommensheranziehung Pflege

655

656 Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern soll künftig erst  
657 ab einem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen  
658 werden.

659

#### 660 Gesundheit

661

##### 662 Finanzierung des Gesundheitswesens

663 [Wir wollen die Belastung der Versicherten durch Zusatzbeiträge in der GKV  
664 begrenzen.]:

665 • [Der durchschnittliche Zusatzbeitrag darf 1,1% nicht übersteigen.]

666 • [Der durchschnittliche Zusatzbeitrag darf 1,5% nicht übersteigen]

667 [Die Wahlfreiheit der Beamten bei der Auswahl ihrer Krankenversicherung wird  
668 gestärkt.]

669

##### 670 Landarztgarantie/Notfallversorgung/Vernetzung ambulant-stationär

671 Die Gesundheitsversorgung muss überall in Deutschland gleichermaßen  
672 gewährleistet sein. Auch die Menschen in ländlichen und sozial  
673 benachteiligten Regionen haben einen Anspruch auf gute Versorgung.  
674 Besondere Anstrengungen bedarf es für eine gute ärztliche Versorgung im

675 ländlichen Raum sowie bei der flächendeckenden Sicherstellung der  
676 Geburtshilfe und Hebammenversorgung.

677

678 Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Kooperation und Vernetzung in  
679 unserem Gesundheitswesen verbessern, Hürden für die vernetzte regionale  
680 Versorgung abbauen und Schritte zu einer sektorübergreifenden  
681 Versorgungsplanung einleiten.

682 Besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei der Weiterentwicklung der  
683 Notfallversorgung und der digitalen Vernetzung in unserem  
684 Gesundheitswesen, u.a. auch durch entsprechende Investitionen im  
685 Krankenhausbereich.

686

### 687 Medizinischer Dienst

688 Wir werden die Unabhängigkeit des medizinischen Dienstes durch eine  
689 rechtlich unabhängige Trägerschaft bei Erhalt der regionalen  
690 Organisationsformen stärken.

691

### 692 Apotheken

693 [Wir wollen den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln zur  
694 Sicherstellung einer flächendeckenden Apothekenversorgung verbieten].

695 [Wir wollen Maßnahmen zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung  
696 insbesondere in ländlichen und sozial benachteiligten Regionen ergreifen.

697 Eine flächendeckende Arzneimittelversorgung braucht beides:  
698 Präsenzapotheken und in- und ausländischen Versandhandel.]

699

### 700 Cannabis

701 Wir wollen die Versorgung von Menschen mit medizinischem Cannabis weiter  
702 verbessern. Daher werden wir das Verschreibungsverfahren  
703 entbürokratisieren und digitalisieren sowie auf eine ausreichende Versorgung  
704 der Patientinnen und Patienten mit Medizinalhanf hinwirken.

705 [Wir werden ein Cannabiskontrollgesetz auf dem Weg bringen. Damit wollen  
706 wir Cannabiskonsumenten wirksam entkriminalisieren und legale lizenzierte  
707 Abgabestellen für Cannabis mit effektivem Jugend- und Gesundheitsschutz  
708 schaffen.]

709

710

## 711 **5. Bildung, Forschung und Innovation**

712

713 Die Gesprächspartner wollen in den nächsten vier Jahren Bildung,  
714 Wissenschaft, Forschung und Innovation deutlich stärken und machen sich  
715 das Ziel zu eigen, gesamtstaatlich bis zum Jahr 2025 für Bildung und  
716 Forschung insgesamt mehr als 10 Prozent des BIP aufzuwenden. Wir wollen,  
717 dass Deutschland künftig weltweit zu den Spitzenländern bei  
718 Bildungsinvestitionen und der Qualität der Bildung zählt. Bildung und  
719 Forschung sind die Quelle künftigen Wohlstands, eröffnen  
720 Chancengerechtigkeit für alle und sind Voraussetzung für eine moderne und  
721 weltoffene Gesellschaft. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind eine  
722 gesamtstaatliche Aufgabe und können nur gemeinsam von Bund, Ländern und  
723 Kommunen erfolgreich gestaltet werden.

724

725 Wir wollen auch im Bildungsbereich die Gleichwertigkeit der  
726 Lebensverhältnisse sicherstellen. Deswegen wollen wir die Zusammenarbeit  
727 und Kooperationskultur zwischen Bund, Ländern und Kommunen im  
728 Bildungsbereich weiter stärken. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für  
729 optimale Lehr- und Lernbedingungen an unseren allgemeinbildenden und  
730 beruflichen Schulen schaffen. An der [Grüne/FDP: grundsätzlichen]  
731 Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern halten wir fest. Dafür wollen  
732 wir:

733 • einen Digitalpakt Schule schließen, der alle Schulen bei der  
734 Digitalisierung und den dazugehörigen pädagogischen Konzepten unterstützt  
735 sowie die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften im Digitalbereich  
736 voranbringt.

737 • darauf hinwirken, dass qualitativ hochwertige Ganztagesangebote  
738 verlässlich und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

739 • -um den Schulwechsel zwischen den Bundesländern zu erleichtern und  
740 die Gleichwertigkeit der Abschlüsse zu sichern- gemeinsam mit den Ländern  
741 darauf hinwirken, bundeseinheitliche Bildungsstandards zu etablieren und  
742 deren Einhaltung zu gewährleisten.

743 [CDU/CSU: Dies wollen wir im Rahmen der bestehenden grundgesetzlichen  
744 Ordnung erreichen.]

745 [FDP/Grüne: Die dafür notwendigen verfassungsrechtlichen Änderungen  
746 wollen wir vornehmen.]

747

748 Wir wollen die Allianz zur Aus- und Weiterbildung ausbauen und einen  
749 Berufsbildungspakt zur Stärkung der beruflichen Bildung auf den Weg bringen.

750 Dabei geht es insbesondere um die Qualitätsverbesserung und die  
751 Anerkennung der Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung.

752

753 Wir wollen das lebensbegleitende Lernen fördern und die Qualität der  
754 Weiterbildung sichern und steigern. Dazu gehört Standards im Bereich der  
755 Abschlüsse und mehr Beratung und Transparenz.

756

757 Wir wollen die Hochschulen weiter stärken. Es soll eine  
758 Nachfolgevereinbarung zum Hochschulpakt geben, wobei unter anderem  
759 Fragen der Qualität, des Erhalts der Kapazitäten und der Digitalisierung eine  
760 Rolle spielen sollen. Wir setzen die Exzellenzstrategie fort.

761

762 Wir wollen zunächst eine Reform des BAföG, damit mehr Studierende als  
763 bisher einen Anspruch erhalten u.a. durch Erhöhung der Freibeträge,  
764 Bedarfssätze, und den Ausbau der Stipendienprogramme. Wir werden darüber  
765 hinaus eine Reformkommission einsetzen, die neue Modelle zur weiteren  
766 Stärkung und Modernisierung der Studienfinanzierung erarbeiten soll. Hierbei  
767 sollen unter anderem das Schüler-, Studierenden- und Meister-BAFÖG  
768 einbezogen werden.

769

770 Wir wollen bessere Bedingungen für Wagniskapital in Deutschland schaffen.

771

772 Wir wollen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Deutschland  
773 auf 3,5 Prozent des BIP bis 2025 steigern. Wir wollen seitens des Bundes  
774 unseren Anteil an der Steigerung erbringen. Darüber hinaus wollen wir  
775 ergänzend zur Forschungsförderung unter anderem mit der Einführung einer  
776 steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung die Wirtschaft anreizen,  
777 ihren Beitrag zu leisten. Den Pakt für Forschung und Innovation werden wir  
778 stärken.

779

780 Die „Hightech-Strategie“ wollen wir weiterentwickeln mit Fokussierung auf die  
781 großen Herausforderungen und dabei neue, innovative Instrumente unter  
782 anderem zur Förderung von disruptiven Sprunginnovationen partizipativen  
783 Elementen und Technologietransfer berücksichtigen.

784

785 Die Technologieoffenheit und Forschungsfreiheit wollen wir beibehalten bei  
786 gleichzeitiger Stärkung der Begleitforschung, des ethischen Diskurses und  
787 gesellschaftlicher Verantwortung zu Technologiefolgen.

788

## 789 6. Digitaler Wandel

790

791 Die digitale Transformation unserer Zeit betrifft Gesellschaft, Wirtschaft und  
792 Politik gleichermaßen. Die Nutzung der großen Chancen der Digitalisierung ist  
793 von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Europas.  
794 Wir wollen Digitalisierung nutzen für mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit  
795 und die gesellschaftliche Dimension des Themas stärker berücksichtigen.  
796 Gleichzeitig gilt es, die gleichberechtigte digitale Teilhabe aller Bürger zu  
797 ermöglichen und die Sicherheit sowie die persönliche Freiheit jedes Einzelnen  
798 zu gewährleisten. Wir wollen gemäß des DESI-Indexes in die europäische  
799 Spitzengruppe aufrücken.

800

801 Der zügige Ausbau einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur hat für uns  
802 höchste Priorität. Deshalb wollen wir den flächendeckenden Ausbau mit  
803 Gigabit-Netzen bis 2025 erreichen. Dabei sollen zukünftig ausschließlich  
804 Ausbauabschnitte förderfähig sein, die mit Glasfasertechnologie ausgebaut  
805 werden.

806

807 Hierfür hat die Netzallianz einen öffentlichen Finanzierungsbedarf von 20  
808 Milliarden Euro bis 2025 identifiziert. Hierfür wollen wir die Erlöse aus der  
809 Versteigerung der 5G-Lizenzen zweckgebunden bereitstellen. Gegebenenfalls  
810 müssen darüber hinaus auch Erlöse aus Bundesbeteiligungen sowie  
811 Haushaltsmittel eingesetzt werden.

812

813 Im Bereich des Mobilfunks wollen wir bestehende Funklücken kurzfristig  
814 schließen und eine Vorreiterrolle beim Aufbau des 5G-Netzes einnehmen.

815

816 Wir wollen durch Bürokratieabbau die Beschleunigung und Kostensenkung  
817 des Ausbaus vorantreiben. Angebote offener WLAN- und Freifunknetze  
818 werden gestärkt.

819

820 Wir setzen uns für einen diskriminierungsfreien Netzzugang ein, dafür ist  
821 Netzneutralität wichtig.

822

823 Wir wollen ein modernes Datenrecht schaffen, welches die digitalen  
824 Bürgerrechte und die Datensouveränität stärkt und die Spielräume der  
825 Datenschutz-grundverordnung für datengetriebene Geschäftsmodelle und die  
826 Entwicklung der Plattformökonomie nutzt. Dabei wollen wir gleichermaßen den  
827 Datenschutz-interessen der Bürger, den wirtschaftlichen Zwecken und den

828 staatlichen Sicherheitsinteressen gerecht werden. Darüber hinaus wollen wir  
829 die Verbraucherrechte in der digitalen Welt stärken. Diskriminierungsverbote  
830 der analogen Welt müssen auch in der digitalen Welt der Algorithmen gelten.

831  
832 Wir wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für digitale  
833 Geschäftsmodelle verbessern, indem wir die Zugänge zu Wagniskapital für  
834 Startups und Unternehmen in der Wachstumsphase stärken,  
835 wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen (Ökosysteme) schaffen und die  
836 Vernetzung von Unternehmen untereinander und mit anderen Akteuren der  
837 digitalen Transformation verbessern. Dabei soll der Bund mit gutem Beispiel  
838 vorangehen und einen hochrangigen Ansprechpartner hinsichtlich  
839 regulatorischer Hemmnisse schaffen, damit wir schnell auf  
840 Veränderungsbedarfe reagieren können. Darüber hinaus wollen wir eine  
841 Vorreiterrolle bei der IT-Sicherheit, Datensicherheit und der digitalen Signatur  
842 einnehmen, weil dies die entscheidende Grundlage für viele Anwendungen ist.  
843 Gute IT-Sicherheit und innovativer Datenschutz sind entscheidende  
844 Erfolgsfaktoren der nationalen und europäischen Datenwirtschaft.

845  
846 Wir wollen für Bürger und Wirtschaft erreichen, dass alle hierfür geeigneten  
847 Verwaltungsdienstleistungen bis 2022 online erledigt werden können. Dazu  
848 vernetzen wir zentrale und dezentrale Verwaltungsportale mit einem  
849 einheitlichen Online-Zugang (Bürgerportal) und, sofern vom Bürger  
850 gewünscht, werden die zur Verfügung gestellten Daten unter den Behörden  
851 weitergereicht (Once-Only-Prinzip). Die Bürger erhalten dabei auch die  
852 vollständige Transparenz und Kontrolle über die Nutzung ihrer Daten.

853  
854 Digitale Themen brauchen eine starke Verankerung in der neuen  
855 Bundesregierung. Deshalb wollen wir die Zuständigkeiten bündeln.

856  
857 Europa kann im Wettbewerb der Weltregionen im Bereich der Digitalisierung  
858 nur bestehen, wenn wir konsequent einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt  
859 mit attraktiven Rahmenbedingungen schaffen. Dafür wollen wir uns aktiv  
860 einsetzen.

861

862

863



864 **7. Innen, Sicherheit und Rechtsstaat**

865

866 Wir wollen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Demokratie  
867 und den Rechtsstaat stärken.

868

869 Wir wollen die bestmögliche Sicherheit für unser Land und bürgerliche  
870 Freiheitsrechte in eine neue Balance bringen. Deshalb werden Bund und  
871 Länder einen verbindlichen Pakt für den Rechtsstaat schließen.

872

873 Hierzu wollen wir so schnell wie möglich zusätzliche Stellen für die  
874 polizeilichen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sowie für das BSI  
875 schaffen.

876

877 [Der Bund wird hierbei circa 7.500 zusätzliche Stellen schaffen. Wir halten es  
878 für geboten, dass die Länder mindestens genauso viele Stellen für die Polizei  
879 schaffen.]

880

881 [Grüne: Wir wollen einen unabhängigen Polizeibeauftragten beim Bundestag  
882 schaffen, an den sich Polizeibedienstete wie auch Bürgerinnen und Bürger  
883 wenden können.]

884

885 Zur effektiven Bekämpfung von Kriminalität setzen wir zusätzlich zur  
886 Polizeilichen Kriminalstatistik den periodischen Sicherheitsbericht fort, der  
887 regelmäßig wissenschaftlich Ursachen und Entwicklungen von  
888 Kriminalitätsphänomenen aufzeigen soll.

889

890 Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit sind unverzichtbare Eckpfeiler einer  
891 funktionierenden Justiz und Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen  
892 und Bürger in den Rechtsstaat. Der Pakt für den Rechtsstaat beinhaltet einen  
893 Dreiklang aus mehr Personal, besserer Ausstattung und effizienterem  
894 Verfahrensrecht. Dabei halten wir 2.000 zusätzliche Stellen in Bund und  
895 Ländern für geboten. Wir werden auch die Digitalisierung der Justiz mit  
896 einheitlichem Standard auf höchstem Sicherheits- und Datenschutzniveau  
897 konsequent vorantreiben.

898

899 Die Cybersicherheit ist für die Zukunft unseres Landes von herausragender  
900 Bedeutung. Wir wollen eine bundesweit einheitliche Abwehr von Gefahren und  
901 Angriffen aus dem Cyberraum.

902

903 Wir stärken die bestehenden gesetzlichen Schwellen bei Online-  
904 Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung unter  
905 Berücksichtigung der hohen Schutzvorgaben des Bundesverfassungsgerichts,  
906 unter Berücksichtigung der besonderen Risiken dieser Instrumente sowie der  
907 Sicherheitsbelange.

908

909 Staatliche Stellen müssen gesetzlich verpflichtet werden, Sicherheitslücken,  
910 die relevante Systeme oder eine erhebliche Anzahl von Personen betreffen,  
911 unverzüglich dem BSI zu melden, so dass sie geschlossen werden können.  
912 Den Gefahren, die sich aus Sicherheitslücken bei privaten Unternehmen  
913 ergeben, wollen wir begegnen. Dies kann eine Mitteilungspflicht umfassen.

914

915 Wir wollen eine E-Government- und Open-Data-Strategie für Deutschland  
916 entwickeln. Die IT der Polizeien von Bund und Ländern wird auf einem  
917 einheitlichen Standard mit verbesserter Qualität unter voller Wahrung der  
918 Belange des Datenschutzes modernisiert.

919

920 Wir werden die Zusammenarbeit zwischen den Ländern und mit dem Bund  
921 insbesondere beim Kampf gegen alle Formen des Terrorismus stärken. Die  
922 Koordinierungsfunktion von BKA und BfV soll stärker wahrgenommen werden.  
923 Wir brauchen klare Verantwortlichkeiten. Die gemeinsamen Zentren von Bund  
924 und Ländern sollen nicht nur dem Austausch von Informationen dienen,  
925 sondern – rechtlich sauber geregelt – verbindliche Absprachen gewährleisten.

926

927 Das BfV soll auf freiwilliger Basis durch Vereinbarung mit einzelnen Ländern  
928 den Verfassungsschutz dort übernehmen können. Unabhängig davon können  
929 Länder auch die gemeinsame Erfüllung von Verfassungsschutzaufgaben  
930 vereinbaren.

931

932 Die Außengrenzen der EU müssen wirksam kontrolliert werden. Wir wollen  
933 wissen, wer in die EU kommt. Die Grenzschutzagentur Frontex braucht  
934 zentrale Führung, ausreichendes Einsatzpersonal und modernste technische  
935 Ausstattung. Die Kontrolle von Frontex durch das Europäische Parlament, den  
936 europäischen Gerichtshof sowie die EU-Grundrechteagentur wollen wir  
937 stärken. Frontex soll langfristig zu einem europäischen Grenzschutz neben  
938 nationalen Zuständigkeiten ausgebaut werden.

939

940 Der Einsatz von Videoüberwachung kann an Kriminalitätsschwerpunkten, an  
941 besonders gefährlichen Orten, Einrichtungen und Veranstaltungen – ggf. auch  
942 befristet – angeordnet werden.

943

#### 944 Speicherung von Daten

945 [FDP, Grüne: Die anlasslose Speicherung von Daten der Bürgerinnen und  
946 Bürger ist ein nicht zu rechtfertigender Eingriff in die Grundrechte. Deshalb ist  
947 die Anlassbezogenheit das zentrale Kriterium bei sicherheitsbehördlicher  
948 Überwachung und Speicherung von Daten. Um Rechtssicherheit für  
949 Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Sicherheitsbehörden zu schaffen,  
950 werden wir insbesondere die bestehende Regelung zur  
951 Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten aufheben und durch eine  
952 anlassbezogene Regelung ersetzen, die mit europäischen Grundrechten  
953 vereinbar ist.]

954 [Nur Grüne: Für die Verhandlungen zum europäischen  
955 Kommunikationsdatenschutz legen wir das Verhandlungsmandat des  
956 Europäischen Parlaments zugrunde.]

957

958 [CDU/CSU: Wir halten an der Vorratsdatenspeicherung als notwendigem  
959 Instrument zur Verhinderung von Terroranschlägen und Aufklärung schwerster  
960 Kriminalität fest; wir wollen sie auf den Wohnungseinbruchsdiebstahl  
961 ausweiten. Auf europäischer Ebene werden wir uns erforderlichenfalls für eine  
962 Überarbeitung der zugrundeliegenden Richtlinie einsetzen, um eine  
963 praxisingerechte Anwendung sicherzustellen].

964 [neuer Vorschlag Union prozedural: [Die Vorratsdatenspeicherung von  
965 Kommunikationsdaten steht auf dem juristischen Prüfstand. Wir werden der  
966 Klärung durch die unabhängige Justiz nicht vorgreifen und das Ergebnis, falls  
967 es Änderungen erfordert, zügig umsetzen.]

968 [FDP+ Grüne prozedural: Wir werden das Prinzip der anlasslosen  
969 Datenspeicherung zugunsten eines anlassbezogenen Vorgehens aufgeben.]

970

#### 971 Kontrolle der Nachrichtendienste

972 Das Parlamentarische Kontrollgremium muss effektivere Kontrollrechte  
973 ausüben. Wir werden insbesondere eine umfassende Unterrichtungspflicht  
974 von Bundesregierung sowie Nachrichtendiensten sicherstellen. Wir werden  
975 Vertretungsregeln für längerfristig verhinderte Mitglieder schaffen und  
976 qualifizierte Minderheitenrechte stärken.

977

978 Die Kontrolle der Überwachung der Kommunikation werden wir in der Hand  
979 der G-10-Kommission bündeln und diese stärken.

980

981 Die Aufarbeitung historisch bedeutsamer Ereignisse wollen wir durch kürzere  
982 Geheimhaltungsfristen von behördlichen Akten (max. 30 Jahre) befördern.

983

#### 984 Kollektiver Rechtsschutz / Gruppenklagen

985 Im Sinne einer Verbesserung der Rechtsdurchsetzung führen wir eine  
986 Musterfeststellungsklage ein. Eine ausufernde Klageindustrie lehnen wir ab.

987

#### 988 Demokratieförderung

989 Wir werden die Zivilgesellschaft stärken und die Arbeit gegen jede Form von  
990 Demokratiefeindlichkeit und Extremismus fördern und verstetigen.

991

992 Wir wollen den Opferschutz stärken und vereinheitlichen.

993

994 Der Staat muss ein deutliches Zeichen gegen Hass und Hetze im Netz setzen.  
995 Dies gilt auch für die sozialen Netzwerke. Im Netz müssen die  
996 Persönlichkeitsrechte wie die Meinungsfreiheit geschützt werden. Das  
997 Netzwerkdurchsetzungsgesetz wird daher [Union: weiterentwickelt /FDP:  
998 ersetzt] [Kompromiss: grundlegend überarbeitet].

999

1000 Wir wollen ein verpflichtendes Lobbyregister betreffend die  
1001 Interessenvertretung gegenüber Parlament und Regierung einführen und  
1002 damit Transparenz schaffen, ohne wirksames Regierungshandeln oder die  
1003 freie Ausübung des parlamentarischen Mandats einzuschränken.

1004

1005 [CSU, Grüne, FDP, Dissens CDU: Wir wollen die parlamentarisch-  
1006 repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und  
1007 direkter Demokratie ergänzen. Die Rechte von Minderheiten und Grundrechte  
1008 stehen dabei nicht zur Disposition.]

1009

#### 1010 Hinweisgebergesetz

1011 Im Lichte der jüngst aufgetretenen Missstände in Konzernen wollen wir ein  
1012 Gesetz verabschieden, mit dem der Schutz von Hinweisgebern bei der  
1013 Aufdeckung von relevanten und strukturellen Missständen verbessert wird.

1014

1015

1016 **8. Flucht und Asyl, Migration und Integration**

1017

1018 Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir bekennen uns zur humanitären  
1019 Verpflichtung Deutschlands, wie sie sich aus Artikel 16a Grundgesetz und den  
1020 Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der EMRK ergeben. Dies  
1021 bleibt auch zukünftig unangetastet. Zudem wollen wir die Einwanderung in den  
1022 Arbeitsmarkt dauerhaft steuern.

1023

1024 Wir sind stolz auf die Integrationsfähigkeit und die Integrationsleistung unserer  
1025 Gesellschaft, insbesondere auf das vielfältige ehrenamtliche Engagement.

1026

1027 [CDU/CSU/ FDP: Eine Situation wie im Herbst 2015 darf sich nicht  
1028 wiederholen.] [Alternativvorschlag: Damit sich die Situation vom Herbst 2015  
1029 so nicht wiederholt, ziehen wir Konsequenzen...]

1030 Deshalb ziehen wir Konsequenzen und verbinden Humanität mit Ordnung. Wir  
1031 stehen in der Verantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit unserer  
1032 Bürgerinnen und Bürger. Das ist Aufgabe und Pflicht des Staates. Um  
1033 dauerhaft Integration (Arbeitsmarkt, Wohnraum, Bildung, Wertevermittlung) zu  
1034 ermöglichen, bedarf es jedoch einer Steuerung [CDU/CSU und FDP: und  
1035 Begrenzung der Migration insgesamt.]

1036

1037 Zugleich stehen wir zur individuellen Bearbeitung jedes einzelnen Asylantrags  
1038 und den entsprechenden Vorschriften in Europarecht, Völkerrecht und  
1039 Grundgesetz.

1040

1041 [GRÜNE: Der gegenwärtigen Herausforderung wollen wir mit mehr  
1042 Koordinierung und der Ausschöpfung von Ordnungsspielräumen begegnen.  
1043 Nicht zuletzt aufgrund unserer Geschichte und der daraus erwachsenden  
1044 Verantwortung teilen wir dabei die Aussage von Angela Merkel, dass das  
1045 Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze kennt. Dies gilt auch für eine  
1046 willkürliche Richtzahl von Geflüchteten. Verschiedene Schutzgruppen dürfen  
1047 und können nicht gegeneinander verrechnet werden. Das ist der Imperativ  
1048 unseres Grundgesetzes.]

1049

1050 [GRÜNE: Wir sind für mehr Ordnung und Planbarkeit auf Grundlage von  
1051 Steuerungs-Elementen wie einem Einwanderungsgesetz oder Resettlement-  
1052 Kontingenten.]

1053

1054 Wir bekennen uns zur effektiven Bekämpfung von Fluchtursachen. Dazu  
1055 gehören zum Beispiel:

- 1056 - die Lösung internationaler Konflikte,
- 1057 - eine faire Handelspolitik
- 1058 - die Bekämpfung der Klimakrise und die Einhaltung der Nachhaltigen  
1059 Entwicklungsziele
- 1060 - sowie eine verbesserte Zusammenarbeit mit Herkunfts- und  
1061 Transitländern.

1062

1063 Dafür wollen wir auch neue Kooperationsformate mit Entwicklungs- und  
1064 Schwellenländern ausbauen sowie einen europäisch abgestimmten Pakt mit  
1065 Afrika entwickeln.

1066

1067 Auch die Zusammenarbeit mit dem UNHCR und dem IOM wollen wir  
1068 ausbauen.

1069

1070 Wir wollen entschlossen gegen Schlepper und Schleuser vorgehen und ihnen  
1071 die Geschäftsgrundlage entziehen.

1072

1073 Zur wirksamen Kontrolle der Außengrenzen sowie zur Rolle von Frontex wird  
1074 Bezug genommen auf die Ausführungen bei Innen, Sicherheit und  
1075 Rechtsstaat.

1076

1077 [FDP: Die Bundespolizei muss in die Lage versetzt werden, auch bei massiv  
1078 steigender Zahl von Migranten eine registrierte Einreise nach Deutschland  
1079 sicherzustellen.]

1080

1081 [CDU/CSU: Wir wollen erreichen, dass die Gesamtzahl der Aufnahmen aus  
1082 humanitären Gründen (Flüchtlinge und Asylbewerber, subsidiär Geschützte,  
1083 Familiennachzug, Relocation und Resettlement, abzüglich Rückführungen und  
1084 freiwillige Ausreisen künftiger Flüchtlinge) die Zahl von 200 000 Menschen im  
1085 Jahr nicht übersteigt.]

1086 [FDP: Für diesen Richtwert orientieren wir uns an den Zugangszahlen des  
1087 Jahres 2017 und definieren einen Korridor zwischen 150.000 und 250.000  
1088 Menschen pro Jahr.]

1089 [CDU/CSU und FDP: Sollte das oben genannte Ziel wider Erwarten durch  
1090 internationale oder nationale Entwicklungen nicht eingehalten werden, werden  
1091 die Bundesregierung und der Bundestag geeignete Anpassungen des Ziels  
1092 nach unten und oben beschließen.]

1093

1094 Wir unterscheiden klar zwischen schutzbedürftigen Menschen und solchen  
1095 Personen, die die Voraussetzungen für Schutz in unserem Land nicht erfüllen.

1096

1097 Wir prüfen, ob durch einen neuen oder veränderten Status für  
1098 Kriegsflüchtlinge in Anlehnung an das europäische Recht eine Entlastung des  
1099 Asylsystems möglich ist.

1100

1101 [GRÜNE: Wir sind dem besonderen Schutz der Familie verpflichtet, wie er im  
1102 Grundgesetz und seinem Artikel 6 steht. Auch Menschen mit subsidiärem  
1103 Schutzstatus sollen ihre Familien in einem geordneten Verfahren nachholen  
1104 können. Deswegen wollen wir die Aussetzung des Familiennachzugs für  
1105 subsidiär Schutzbedürftige über März 2018 hinaus nicht ausweiten.]

1106 [CDU/CSU: Integrationsfähigkeit sowie -bereitschaft unserer Gesellschaft  
1107 schließen einen unbeschränkten Familiennachzug zu den hier bereits  
1108 anerkannten Schutzsuchenden aus. Wir können daher den Familiennachzug  
1109 zu subsidiär Schutzberechtigten auch nach März 2018 nicht zulassen.]

1110 [FDP: Wer für sich und seine Familie selbst sorgen kann, soll diese nachholen  
1111 dürfen. Darüber hinaus kann der Familiennachzug für subsidiär Geschützte  
1112 nur in solchen Kontingenten erfolgen, die den angestrebten Richtwert der  
1113 Gesamtmigration berücksichtigen. Diese Kontingente sind nach humanitäreren  
1114 Kriterien zu vergeben.]

1115

1116 [CDU/CSU und FDP: Zu diesem Zweck werden jedenfalls die Maghreb-  
1117 Staaten (Algerien, Tunesien und Marokko) und weitere Staaten mit einer  
1118 Anerkennungsquote unter 5 Prozent zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt.  
1119 Gleichzeitig wird durch eine spezielle Rechtsberatung für besondere  
1120 vulnerable Fluchtgruppen deren besondere Schutzwürdigkeit berücksichtigt.]

1121 [GRÜNE: Wir sind jedoch gegen das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten,  
1122 weil dieses in einem Spannungsverhältnis zu dem individuellen  
1123 Schutzbegehren des Flüchtlings steht. Gerade die drei Maghrebstaaten sind  
1124 nicht sicher. Überdies besteht kein Anlass, jetzt vorläufige Regelungen zu  
1125 treffen, da die EU-Kommission nach dem künftigen GEAS diese Frage  
1126 europäisch regeln will.]

1127

1128 Legale Zugangswege wie etwa Resettlement wollen wir ausbauen, sowohl im  
1129 Sinne unserer humanitären Verpflichtung als auch im Sinne der Steuerung.

1130

1131 Die Größenordnung des aus humanitären Motiven erfolgenden legalen  
1132 Zugangs muss jedoch von der Größenordnung des Zugangs Schutzsuchender  
1133 insgesamt abhängen.

1134

1135 Bei allen Asylsuchenden werden die Verfahren in Aufnahme- und  
1136 Entscheidungszentren [CDU/CSU: auch Rückführungszentren] schnell und  
1137 rechtsicher durchgeführt. Für bessere Verfahrenseffizienz und aus  
1138 Sicherheitsgründen werden dort alle ankommenden Asylsuchenden  
1139 identifiziert und registriert. Um deren Qualität zu steigern und um ein  
1140 realistisches Erwartungsmanagement hinsichtlich der Bleibeperspektiven zu  
1141 erreichen, müssen die Schutzsuchenden in den Zentren verbleiben.

1142

1143 [Grüne: Schutzsuchenden sollen schnellstmöglich auf die Kommunen verteilt  
1144 werden. Ankunft und Ausreise sind zwingend voneinander zu trennen.]

1145

1146 Dort soll eine kostenlose und unabhängige Rechtsberatung [durch registrierte  
1147 Anwälte] vor Ort angeboten werden. Zuständig dafür ist das BAMF. Außerdem  
1148 soll dort künftig der erste Aufenthaltstitel durch das BAMF erteilt werden, um  
1149 eine bundesweit einheitliche Handhabung zu gewährleisten. Im Übrigen  
1150 verbleibt die Zuständigkeit für diese Zentren bei den Ländern. Wir wollen die  
1151 Qualität der Asylverfahren verbessern. Es braucht eine Qualitätsoffensive für  
1152 das BAMF.

1153 [CDU/CSU und FDP: Im Falle der Ablehnung erfolgt auch die Rückführung in  
1154 der Regel direkt aus diesen Zentren.]

1155 [Grüne: Im Falle der Ablehnung kann die Rückführung grundsätzlich direkt aus  
1156 diesen Zentren erfolgen.]

1157

1158 Wir werden das Recht der Einwanderung in den Arbeitsmarkt und das damit  
1159 verbundene Recht des Aufenthalts und der Rückkehr in einem Gesetzeswerk  
1160 [FDP und Grüne: Einwanderungsgesetzbuch] [CDU/CSU:  
1161 Fachkräftezuwanderungs-Gesetz] neu ordnen und dabei transparent,  
1162 übersichtlich und in sich konsistent aus einem Guss besser zugänglich  
1163 machen. Flüchtlings- und Arbeitsmigration bleiben dabei klar voneinander  
1164 getrennt.

1165

1166 Die Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt muss sich am Bedarf  
1167 unserer Volkswirtschaft orientieren. Eine Einwanderung in die sozialen  
1168 Sicherungssysteme wollen wir vermeiden. Wir wollen rasch ein  
1169 Regelungswerk schaffen [FDP und Grüne: Einwanderungsgesetzbuch]



1170 [CDU/CSU: Fachkräftezuwanderungs-Gesetz]. Dabei sollen die bisherigen  
1171 Regelungen vereinfacht werden. Hochqualifizierte wollen wir kontingentiert  
1172 [FDP, Grüne: in einem Punktesystem] nach klaren Kriterien wie Qualifikation,  
1173 Alter, Sprache, Anforderungen des Arbeitsmarktes einladen. Die BlueCard  
1174 werden wir so reformieren, dass ein in Deutschland gültiger Arbeitsvertrag mit  
1175 einem durchschnittlichen Einstiegsgehalt in einem qualifizierten Beruf als  
1176 Bedingung genügt.

1177  
1178 [Hinsichtlich der Frage, ob Arbeitsplatz für Hochqualifizierte erforderlich ist,  
1179 noch keine Einigung.]

1180 [FDP/GRÜNE: Für Personen, die als Schutzsuchende gekommen sind und  
1181 abgelehnt wurden, die aber gut integriert sind, soll ein Spurwechsel möglich  
1182 sein, wenn sie auch die Voraussetzungen für Arbeitsmigration erfüllen.]

1183 [CDU/CSU: Schon jetzt gibt es zahlreiche Möglichkeiten für einen  
1184 längerfristigen Aufenthalt in Deutschland jenseits von Asyl, GFK und  
1185 subsidiärem Schutz. Eine inhaltliche Ausweitung kommt nicht in Betracht.]

1186  
1187 Zur Realität eines Aufnahmelandes gehört auch eine rechtsstaatlich  
1188 konsequente Rückkehrpolitik. Nicht jeder, der zu uns kommt, kann bleiben.  
1189 Aber jeder hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren und den Schutz  
1190 seiner Menschenrechte auch nach einer Ablehnung.

1191  
1192 Um die gesellschaftliche Akzeptanz für eine Integration der wirklich  
1193 Schutzbedürftigen zu erhalten, sind freiwillige Rückkehr und die konsequente  
1194 Abschiebung vollziehbar Ausreisepflichtiger von wesentlicher Bedeutung. Die  
1195 freiwillige Rückkehr hat Vorrang und soll noch intensiver als bislang gefördert  
1196 werden. Das Konzept der freiwilligen Rückkehr ist auf Dauer aber nur dann  
1197 erfolgreich, wenn auch Abschiebungen stattfinden. Dabei dürfen  
1198 Abschiebungen kein Risiko für Leib und Leben bedeuten.

1199  
1200 Hierfür verfolgen wir einen kohärenten Ansatz im Inland und gegenüber  
1201 Herkunftsstaaten. Weiter werden wir prüfen, wie die Länder bei der  
1202 Rückführung und Abschiebung entlastet und zugleich die Effektivität der  
1203 Rückführung gesteigert werden kann. Wir wollen stärker als bisher danach  
1204 unterscheiden, ob die Durchsetzung der Ausreisepflicht ohne Verschulden der  
1205 Ausreisepflichtigen an Hindernisse stößt oder ob diese die Durchsetzung  
1206 selbst behindern. Wir wollen die Duldungsregelungen hinsichtlich ihrer  
1207 Wirksamkeit überprüfen und stärker differenzieren. Diesem Ziel dient auch  
1208 eine Überprüfung der gesetzlichen Bleiberechtsregelungen.

1209 [CDU/CSU strittig: Ausländische Straftäter und Gefährder schieben wir  
1210 konsequent ab. Das Ausweisungsinteresse bei Straftaten von erheblicher  
1211 Bedeutung werden wir künftig zu Lasten des Bleibeinteresses gesetzlich  
1212 besonders gewichten. Die Straftatenkataloge, bei denen das  
1213 Ausweisungsinteresse besonders schwer wiegt, werden wir erweitern. Bei  
1214 rechtskräftiger Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von  
1215 mindestens drei Jahren wegen vorsätzlicher Straftaten verlieren ausländische  
1216 Straftäter künftig automatisch ihren Aufenthaltstitel.]

1217 Kompromissvorschlag: Ausländische Straftäter und Gefährder schieben wir  
1218 konsequent ab. Dazu werden wir die 2016 veränderte Gesetzeslage  
1219 überprüfen und gegebenenfalls verschärfen.

1220

1221 Integration verstehen wir als Daueraufgabe. Die vielfältigen  
1222 Integrationsmaßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen werden wir in  
1223 einer bundesweiten Strategie nach dem Grundsatz von „Fordern und Fördern“  
1224 bündeln, Transparenz in das Geflecht der bestehenden  
1225 Integrationsmaßnahmen bringen und die Koordinierung zwischen Bund,  
1226 Ländern und Kommunen auf eine neue Ebene heben. Die bisherigen  
1227 Leistungen des Bundes zur Unterstützung der Länder und Kommunen werden  
1228 für die Dauer der gesamten Legislaturperiode verstetigt.

1229

1230 Der Integrationskurs ist das zentrale Instrument zum allgemeinen  
1231 Spracherwerb. Wir wollen ein zusätzliches Augenmerk auf den Bereich der  
1232 Alphabetisierung legen, das bestehende Kursangebot flexibilisieren,  
1233 ausdifferenzieren und begleitende digitale Lernangebote prüfen.

1234

1235 Sprache ist auch ein Schlüssel zu mehr Integration. Wir werden zusätzliche  
1236 Anreize setzen, Hilfestellungen angemessen ausbauen und sowie die  
1237 Einhaltung von Verpflichtungen noch besser sicherstellen. Schließlich wollen  
1238 wir mehr Erfolg und Erfolgskontrolle und werden dazu Integrationsforschung  
1239 und Integrationsmessung intensivieren.

1240

1241 [GRÜNE: Das Staatsbürgerschaftsrechts wollen wir erweitern, mit einem Ius  
1242 Soli und der vollständigen Abschaffung der Optionspflicht und die  
1243 Einbürgerung als wichtiges Element des Gesamtkonzepts erleichtern.]

1244 [FDP: Wir wollen wie andere Einwanderungsländer ein modernes  
1245 Staatsbürgerschaftsrecht. Dazu wollen wir die Einbürgerung erleichtern und  
1246 die doppelte Staatsbürgerschaft grundsätzlich ermöglichen, aber ihre

1247 dauerhafte Vererbung über die dritte Generation hinaus beenden  
1248 (Generationenschnitt).]

1249 [CDU/CSU: Aus Sicht der Union ist es für die Sondierungen nicht erforderlich,  
1250 näher auf das Thema Staatsbürgerschaft einzugehen.]

1251 [Angebot FDP und Grüne ggfs: Wir wollen ein modernes  
1252 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerungen erleichtern.]

1253

1254 Ein zentrales Ziel unserer Politik ist der europäische Zusammenhalt und die  
1255 europäische Solidarität, auch und gerade in der Flüchtlingspolitik. Das geht  
1256 nur im Dialog. Zugleich hängt die Glaubwürdigkeit der EU und ihrer  
1257 Mitgliedsstaaten davon ab, dass die ureigenen Gründungsprinzipien und die  
1258 internationale Rechtsordnung eingehalten werden. Daran wollen wir unsere  
1259 Politik ausrichten.

1260

1261 Im Zuge der derzeitigen Verhandlungen über das Gemeinsame Europäische  
1262 Asylsystem (GEAS) wollen wir eine gerechte Verantwortungsteilung zwischen  
1263 den Ländern an der südlichen Außengrenze der EU und den anderen  
1264 Mitgliedstaaten einschließlich eines wirksamen Verteilungsmechanismus  
1265 erreichen.

1266

1267 Wir wollen eine gemeinsame Durchführung von Asylverfahren überwiegend an  
1268 den Außengrenzen sowie gemeinsame Rückführungen von dort. Dabei  
1269 werden europäische Menschenrechtsstandards eingehalten.

1270

1271 Derzeit im deutschen Recht geltende und Flüchtlinge schützende Regelungen  
1272 (Familienasyl, geschlechtsspezifische Verfolgung, Altersfeststellung von UmF,  
1273 Feststellung von Abschiebungshindernissen) wollen wir z.B. durch eine  
1274 Öffnungsklausel erhalten. Ebenso ist die Sicherstellung der flächendeckenden  
1275 Verfahrensberatung, angelegt in der Asylverfahrensverordnung, für uns  
1276 zwingend erforderlich.

1277

1278 Zudem müssen die Voraussetzungen für Aufnahme- und  
1279 Registrierungszentren außerhalb der EU bzw. an den Außengrenzen unter  
1280 dem Dach des UNHCR geschaffen werden.

1281

1282 **9. Verkehr, Infrastruktur und Wohnen**

1283

1284 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität in  
1285 allen Regionen. Wir wollen in Deutschland mehr Mobilität ermöglichen und  
1286 weniger Emissionen im Verkehr erreichen, indem wir unsere Infrastruktur  
1287 bedarfsgerecht und nachhaltig weiter ausbauen, die enormen Potenziale der  
1288 Digitalisierung nutzen und alternative Antriebe fördern.

1289 Wir wollen die Planung und Realisierung von Infrastrukturvorhaben  
1290 beschleunigen und dabei insbesondere die Bürger intensiver und früher  
1291 beteiligen. Wir werden die Verkehrssicherheit auf den Straßen weiter  
1292 verbessern, vor allem durch Digitalisierung und Automatisierung.

1293

1294 Investitionshochlauf

1295 Wir wollen den Investitions-Hochlauf für die Verkehrsinfrastrukturen  
1296 mindestens verstetigen.

1297

1298 Wir wollen den ÖPNV stärken und dafür die GVFG-Mittel zugunsten der  
1299 Kommunen dynamisieren und bis zum Ende der Wahlperiode möglichst  
1300 verdoppeln.

1301

1302 Ein Schwerpunkt unserer Investitionen liegt auf der Schiene, bei der  
1303 Beseitigung von Engpässen, der Elektrifizierung des Netzes und dem  
1304 Lärmschutz. Wir bemühen uns, ein ausgeglichenes Investitionsverhältnis  
1305 zwischen Straße und Schiene auf der Zeitachse zu erreichen. Wir schaffen die  
1306 Bedingungen mittels Beschleunigung von Planungen, damit dies möglich  
1307 werden kann. (Zum Beispiel durch das Verfahren der Plangenehmigung für  
1308 Elektrifizierung und Lärmschutz bei bereits bestehenden Trassen). Wir wollen  
1309 den Deutschlandtakt umsetzen und dafür die infrastrukturellen  
1310 Voraussetzungen schaffen. Die Modernisierung des Schienenverkehrs durch  
1311 Digitalisierung wollen wir weiter vorantreiben. Bei der Straße wollen wir den  
1312 Fokus weiterhin stark auf Erhalt vor Neubau legen. Wir wollen das Potential  
1313 der Wasserstraßen weiter nutzen unter Anwendung der  
1314 Wasserrahmenrichtlinie.

1315

1316 Klimaschutz Sektorziele Verkehr

1317 [Wir wollen uns an den Sektorziele Klimaschutz für den Verkehrsbereich  
1318 orientieren und dabei soziale Belange und die Wettbewerbsfähigkeit der  
1319 Wirtschaft berücksichtigen und nationale Alleingänge beim Klimaschutz  
1320 vermeiden.]

1321 [Wir streben an, die Sektorziele Klimaschutz für den Verkehrsbereich  
1322 einzuhalten und zu erreichen und dabei soziale Belange und die  
1323 Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft berücksichtigen.]

1324 [Für uns gelten die Klimaschutzziele, im Verkehr insbesondere und  
1325 mindestens das Sektortziel 2030. Wir wollen sie erreichen und dabei soziale  
1326 Belange und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft berücksichtigen.]

1327 [Für uns gelten die Klimaschutzsektorziele im Verkehr für das Jahr 2030. Wir  
1328 wollen sie erreichen und dabei soziale Belange und die Wettbewerbsfähigkeit  
1329 der Wirtschaft berücksichtigen. Wir setzen dabei auf Innovation,  
1330 Hochtechnologie und Digitalisierung. Die individuelle Einschränkung der  
1331 Mobilität lehnen wir ab.]

1332

1333 Emissionsarme und Emissionsfreie Mobilität (Push und Pull)

1334 Wir wollen die Entwicklung alternativer Antriebe technologieoffen fördern und  
1335 die dazugehörigen Infrastrukturen weiter ausbauen.

1336

1337 Wir wollen den Ausbau der Ladeinfrastruktur rechtlich erleichtern, etwa durch  
1338 Anpassungen im Wohneigentums-, Miet- und Baurecht, und fördern. Wir  
1339 wollen die dynamischere Umstellung von Flotten, Bussen und Taxen anreizen.

1340

1341 [Dissens besteht bei Anreizen für Neuwageneinkäufen: [Wir werden in die Kfz-  
1342 Steuer ein Bonus-Malus-System integrieren und so ausgestalten, dass ein  
1343 starker Anreiz zum Kauf effizienter und emissionsarmer Neufahrzeuge  
1344 besteht] oder [Wir wollen die bestehenden Anreize der Kaufprämie gängig  
1345 machen.]]

1346 [Dissens besteht über Vorschläge zur Diesel- und Dienstwagenbesteuerung:  
1347 [Wir wollen die Dieselsebesteuerung im Verhältnis zum Benzin schrittweise  
1348 anheben, die Dienstwagenbesteuerung ökologisieren und wir werden uns  
1349 dafür einsetzen, die europäische CO<sub>2</sub>-Grenzwerte ambitionierter zu gestalten  
1350 und eine europäische und nationale Quote einzuführen.]]

1351

1352 Diesel / NoX

1353 Wir wollen saubere Luft, wir wollen Grenzwerte einhalten und Fahrverbote  
1354 vermeiden.

1355

1356 [Wir wollen die technische Nachrüstung der im Verkehr befindlichen Diesel-  
1357 Fahrzeuge, wenn dies motorentechnisch möglich ist. Die Kosten müssen die  
1358 Automobilhersteller tragen.]

1359 [Wir wollen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe technische Lösungen des  
1360 Dieselpipfels abwarten und dann über geeignete Maßnahmen entscheiden.]  
1361 [Dissens bei blauer Plakette: [Um pauschale Fahrverbote zu vermeiden,  
1362 werden wir geeignete emissionsabhängige Differenzierungen zwischen  
1363 Fahrzeugen einführen. Damit schaffen wir für Kommunen die rechtliche  
1364 Voraussetzung, emissionsarme zu kennzeichnen und Einfahrtregelungen  
1365 festzulegen, wenn keine anderen Luftreinhaltemaßnahmen mit geringerer  
1366 Eingriffstiefe mehr zur Verfügung stehen. Den Fonds für nachhaltige Mobilität  
1367 in Städten werden wir erhalten und weiter ausbauen.]]

1368

### 1369 DB

1370 [Dissens herrscht bei der Frage der Trennung von Netz und Transport.]

1371

1372 Wir wollen ein einheitliches elektronisches Deutschlandticket / E-Ticket in  
1373 Rahmen eines Mobilpasses.

1374

### 1375 Synthetische Kraftstoffe

1376 Wir wollen Hemmnisse bei der Sektorkoppelung beseitigen, dies betrifft hier  
1377 insbesondere synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff.

1378

### 1379 Planungs- und Verfahrensbeschleunigungsgesetz

1380 [Wir wollen Planungsbeschleunigung erreichen und orientieren uns dabei an  
1381 der Strategie Planungsbeschleunigung (12 Punkte Programm vom Mai 2017),  
1382 unter besonderer Berücksichtigung der vorgezogenen Bürgerbeteiligung.]<sup>1</sup>

1383

### 1384 Wohnen

1385 Angesichts stark wachsender Städte hat sich die Wohnraumversorgung zu  
1386 einer zentralen Herausforderung entwickelt. Dies wird u.a. durch den Wegfall  
1387 von Sozialbindungen verstärkt. Unser Ziel ist es, für ausreichenden,  
1388 bezahlbaren und geeigneten Wohnraum für alle zu sorgen und auch  
1389 Eigentumsbildung gerade für Familien zu ermöglichen.

1390

1391 Dabei sehen wir die Notwendigkeit, verlässliche Rahmenbedingungen für  
1392 Investitionen so zu setzen und Investitionen so anzustoßen, dass in den  
1393 nächsten vier Jahren insgesamt 1,5 Mio. neue Wohnungen gebaut werden.  
1394 Wir werden dazu ein starkes Bündnis mit den Ländern, den Kommunen und  
1395 allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren anstreben.

1396

---

<sup>1</sup> Grüne wollen 12 Punkte Liste genauer prüfen

1397 Wir sind uns einig, dass wir eine Reform des Wohngeldes brauchen. Wir  
1398 wollen eine Verstetigung der Mittel für die Städtebauförderung.

1399

1400 [CDU/CSU; FDP: Wir wollen eine eigentumsfreundliche Ausgestaltung der  
1401 Grundsteuer] [GRÜNE: Wir wollen eine Umsetzung des  
1402 Bundesratsbeschlusses zur Grundsteuer.]

1403

1404 Instrumente verbesserter Baulandbereitstellung:

1405 Wir wollen, dass Grundstücke (von BIMA und DB) für Wohnungsbau den  
1406 Kommunen vergünstigt zur Verfügung gestellt werden.

1407

1408 [CDU/CSU; FDP: Wir wollen die Verfügbarmachung von Baugrundstücken  
1409 verbessern durch Steuervergünstigung für Landwirte bei Reinvestition in  
1410 Mietwohnungsbau. Dabei bleibt die Planungshoheit bei den Kommunen]

1411

1412 Haushaltswirkungen laut BMF nicht zu beziffern, grobe Schätzung ca. 0,1 Mrd.  
1413 €?

1414

1415 Um den Wohnungsbau von Bundesebene weiter zu unterstützen, schaffen wir  
1416 Anreizinstrumente und wollen:

1417 [CDU/ CSU; FDP: Eine degressive AfA für Wohnungsneubau für einen  
1418 begrenzten Zeitraum wiedereinführen.]

1419 Haushaltswirkungen (für Erhöhung auf 4 % für 10 Jahre, auf 2,5% für 8 Jahre,  
1420 danach 1,25%): im Jahr laut BMF Bund 165 Mio. €, Länder 155 Mio. €,  
1421 Gemeinden 80 Mio. €, im Verlauf steigend

1422

1423 [GRÜNE: Durch eine Investitionszulage sowie einen Steuerbonus eine Million  
1424 dauerhaft sozial gebundene, Wohnungen schaffen, um so untere und mittlere  
1425 Einkommen gezielt zu fördern und zu entlasten.]

1426 Haushaltsauswirkungen: 1,5 Mrd. €/100.000 Wohnungen im Jahr

1427

1428 [CDU/ CSU: Ein Baukindergeld über 10 Jahre pro Kind € 1.200.-. p.a.]

1429 Haushaltsauswirkungen: BMF Wirkung im 1. Jahr: Bund 187 Mio. €, Land 187  
1430 Mio. €, Gemeinden 66 Mio. €, im Verlauf steigend

1431

1432 [CDU/ CSU; FDP: Eine steuerliche AfA für energetische  
1433 Modernisierungsmaßnahmen über 5 Jahre.] (Abgleich Klimapapier notwendig)

1434 Haushaltsauswirkungen: siehe GE 17/6358 (steuerliche Förderung  
1435 energetische Gebäudesanierung: volle Jahreswirkung 1,5 Mrd. €, für den  
1436 Bund 638 Mio. €, 862 € Länder/ Kommunen

1437  
1438 [CDU/ CSU; FDP: Die Möglichkeit der Einräumung von  
1439 Grunderwerbsteuerfreibeträgen auf Länderebene durch bundesgesetzliche  
1440 Rahmengesetzgebung.]

1441 [GRÜNE: Die Bundesländer werden in die Lage versetzt, für den Ersterwerb  
1442 von selbstgenutztem Wohneigentum Freibeträge für die Grunderwerbsteuer  
1443 einzuführen.]

1444 Haushaltswirkungen: Bund 0 Euro, Länder 100 %

1445

#### 1446 Instrumente der Mietpreissicherung

1447 [GRÜNE: Wir wollen eine Weiterführung und Verbesserung der  
1448 Mietpreisbremse.] [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen die Abschaffung der  
1449 Mietpreisbremse.]

1450 [CDU/ CSU: Wir wollen die Anwendung eines einfachen Mietspiegels als  
1451 unbürokratisches und befriedendes Instrument stärken.]

1452

#### 1453 Bürokratie- und Kostenabbau:

1454 [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen keine weitere Anhebung der energetischen  
1455 Anforderungen.]

1456

1457 [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen keine zusätzlichen preistreibenden Vorgaben für  
1458 den Wohnungsbau.]

1459

1460 [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen die Evaluierung von Standards und Vorschriften  
1461 für den Wohnungsbau mit dem Ziel der Beschränkung und Differenzierung.]

1462

1463 [GRÜNE: Wir werden Möglichkeiten der Kostensenkung beim Bauen und  
1464 Wohnen in den Koalitionsverhandlungen näher betrachten, und zwar  
1465 Instrumente zur Dämpfung der Kauf- und Baulandpreise, zur Senkung der  
1466 Stückkosten im Wohnungsbau, einer Transparenzoffensive über Baukosten  
1467 und Kaufpreise und ihren Be- und Entlastungen beim Wohnen, auch aus  
1468 Fortschritt und Innovation, bei der öffentlichen Förderung und im  
1469 Normungswesen, und die Empfehlungen der Baukostensenkungskommission  
1470 dazu vertieft aufbereiten.]

1471

1472



1473 **10. Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

1474

1475 Leitbild Landwirtschaft

1476 Wir wollen eine vielfältige Agrarstruktur mit Voll- und Nebenerwerbsbetrieben  
1477 im Land erhalten und mit den Bäuerinnen und Bauern einen gemeinsamen  
1478 Weg in die Zukunft einer wirtschaftlich erfolgreichen Landwirtschaft gehen.  
1479 Dieser soll Klima-, Boden- und Gewässerschutz und auch eine vielfältige Flora  
1480 und Fauna gewährleisten. Die Landwirtschaft prägt unsere Kulturlandschaft,  
1481 die Natur und unsere ländlichen Räume.

1482

1483 Landwirtschaft soll mit den Zielen des Umweltschutzes, der Biodiversität und  
1484 Artenvielfalt sowie des Tierwohls in Einklang stehen. Unsere Landwirtinnen  
1485 und Landwirte leisten einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung und  
1486 verdienen Achtung und gesellschaftliche Akzeptanz. Sie brauchen eine  
1487 verlässliche Ertragssituation, die auch die Kosten für eine umwelt- und  
1488 tierschutzgerechte Erzeugung deckt. Flächendeckende Landwirtschaft ist ein  
1489 wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum.

1490

1491 GAP

1492 Wir streben für die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) nach 2020  
1493 ein der heutigen Haushaltsausstattung der GAP vergleichbares Volumen auch  
1494 in der neuen Förderperiode an.

1495

1496 [CDU/CSU/FDP: Wir wollen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der  
1497 Europäischen Union (GAP) vereinfacht und modernisiert wird und in solider  
1498 und berechenbarer Weise als ein zentrales Instrument ökonomischer,  
1499 ökologischer, und soziokultureller Agrarstruktur- und ländlichen  
1500 Entwicklungspolitik verstetigt wird.]

1501 [CDU/CSU: Hierzu bedarf es einer besseren zielgenaueren Ausrichtung der  
1502 GAP: zielgerichtete Direktzahlungen mit einer, die wirtschaftliche  
1503 Leistungsfähigkeit der Betriebe berücksichtigenden Degression der Zahlungen  
1504 zu Gunsten kleinerer und mittlerer Betriebe und einer zweiten Säule, die  
1505 sowohl Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes als auch des Tierwohls und  
1506 der ländlichen Struktur befördert.]

1507 [CDU/CSU: Die durch eine Degression nicht an landwirtschaftliche Betriebe in  
1508 der 1. Säule ausgereichten Gelder sollen in den betroffenen Regionen  
1509 verbleiben. Damit wird gerade in den Regionen mit einer großflächigen  
1510 Landwirtschaft die 2. Säule gestärkt und eine Möglichkeit eröffnet,  
1511 umfangreichere Agrarumweltprogramme anzubieten.]

1512 [Grüne: Wir wollen bei der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik eine  
1513 bessere Zielorientierung, hin zu mehr Umwelt-, Klima-, Naturschutz und  
1514 Tierwohl. Entsprechend wollen wir noch in der laufenden Förderperiode aus  
1515 der ersten Säule der GAP in die zweite Säule umschichten (xxx%) und von  
1516 sogenannten Koppelzahlungen (xxx% für tier- und umweltgerechte  
1517 Produktion) Gebrauch machen.

1518 [FDP/ CDU/ CSU: Eine weitere Umschichtung über die bereits bestehenden  
1519 4,5% hinaus von der 1. in die 2. Säule lehnen wir ab. Die GAP muss  
1520 planungssicher und verlässlich bleiben, um gute Zukunftsperspektiven für die  
1521 Betriebe und den Nachwuchs zu sichern.]

1522  
1523 Die GAP-Gesetzgebung, -verwaltung und -kontrollen sind so komplex  
1524 geworden, dass sie die politische Zielrichtung nicht mehr erkennen lassen und  
1525 dadurch Schlüssigkeit und Akzeptanz abnimmt. Die durch Kostendegression  
1526 bedingte unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe wird  
1527 nicht berücksichtigt. Wir werden durch Vereinfachung und nachvollziehbare  
1528 Regelungen den Landwirten eine nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln  
1529 ermöglichen.

1530

#### 1531 GAK / Bundesprogramme

1532 Unabhängig von der GAP wollen wir eine nachhaltige Agrarpolitik, die  
1533 zusätzliche gesellschaftliche Anforderungen erfüllt. Der Export in  
1534 Entwicklungsländer darf dort nicht die Existenz von Bäuerinnen und Bauern  
1535 zerstören. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

1536

1537 Dazu wollen wir auf nationaler Ebene eine bessere Ausstattung zur  
1538 Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe GAK und Bundesprogramme.

1539

1540 Diese Mittel sollen

- 1541 - für Tierwohl und die Maßnahmen zur Umsetzung der
  - 1542 Haltungskennzeichnung
  - 1543 - Ställe der Zukunft,
  - 1544 - klimaschutzangepasste Produktion,
  - 1545 - Erhalt der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt,
  - 1546 - gesunde Ernährung,
  - 1547 - Technologisierung und Digitalisierung sowie Präzisionslandwirtschaft
- 1548 eingesetzt werden. Darüber hinaus soll in Forschung und Innovation investiert  
1549 werden.

1550 [CDU/ CSU/ FDP: Dies ist das Mittel der Wahl vor einer Ausweitung des  
1551 Ordnungsrechts.]

1552

### 1553 Tierwohl/Tierschutz/Haltungskennzeichnung

1554 Auf Basis der Nutztierhaltungsstrategie wollen wir Trendsetter beim Tierwohl  
1555 werden. Wir wollen einen gesellschaftlichen Konsens für die Nutztierhaltung  
1556 herstellen, den Tierschutz voran bringen und den Tierhaltern dabei einen  
1557 verlässlichen, planungssicheren und wirtschaftlichen Weg ermöglichen.

1558

1559 Über die Förderung hinaus werden wir Lücken bei Haltungsnormen im  
1560 Tierschutzrecht gezielt schließen. Das Töten von Eintagsküken werden wir  
1561 endgültig beenden.

1562

1563 Wir wollen den Kompetenzkreis Tierwohl zu einem Runden Tisch Tierschutz  
1564 weiterentwickeln und die Nutztierstrategie zu einem Tierschutzplan  
1565 fortschreiben.

1566

1567 Wir wollen durch eine staatliche Kennzeichnung Markttransparenz hinsichtlich  
1568 der Haltung von Tieren herstellen, damit der Verbraucher eine  
1569 Entscheidungsfreiheit hat und die Bauern am Markt angemessene Preise für  
1570 gute Tierhaltung erzielen können. Das zunächst freiwillige, staatliche  
1571 Tierwohllabel wollen wir noch innerhalb der Legislatur zu einer verbindlichen  
1572 europarechtskonformen Haltungskennzeichnung weiterentwickeln. Wir achten  
1573 beim Ordnungsrecht und bei der Einführung der Haltungskennzeichnung auf  
1574 den Erhalt kleiner Strukturen und die ökonomischen Konsequenzen auf den  
1575 Betrieben.

1576

### 1577 Pflanzenschutz

1578 Wir wollen in der Landwirtschaft und in der außerlandwirtschaftlichen  
1579 Anwendung den Einsatz chemischer Wirkstoffe der Menge nach reduzieren  
1580 und werden dabei die Möglichkeit der Präzisionslandwirtschaft nutzen.

1581 Wir etablieren hierzu ein Reduktionsprogramm.

1582

1583 Wir werden umgehend die Ursachen des Rückgangs der Insektenpopulation  
1584 untersuchen und gleichzeitig ein Sofortprogramm für den Schutz und die  
1585 Verbesserung der Lebensbedingungen der Insekten erarbeiten und umsetzen.

1586

1587 Unser Augenmerk gilt den besonders sensiblen Gebieten. [Grüne: wieder  
1588 strittig]

1589 [Grüne: Zudem erhöhen wir den Anteil der Flächen ohne Pestizideinträge zum  
1590 Schutz der Artenvielfalt deutlich. Wir setzen uns auf EU-Ebene für ein Verbot  
1591 für alle Neonicotinoide und wirkungsähnliche Stoffe ein. Gebiete, die einen  
1592 besonderen Schutzstatus haben, sollen besonders geschützt werden.]

1593

1594 Das Spektrum verfügbarer chemischer Präparate im Pflanzenschutz wollen wir  
1595 um neue und zielgenauere, auch biologische, Wirkstoffe erweitern. Die  
1596 Zulassung soll transparenter unabhängig und schneller werden. Grundsätzlich  
1597 soll sich Pflanzenschutz an der Schadschwelle des Befalls bzw.  
1598 Krankheitsgeschehens orientieren.

1599

1600 Die Frage des Glyphosateinsatzes wird nach einer Entscheidung der KOM  
1601 aufgerufen. Ggf. werden wir nationale zusätzliche Maßnahmen im Sinne  
1602 restriktiverer Anwendungen ergreifen.

1603

#### 1604 Ökolandbau

1605 Neben dem konventionellen ist der ökologische Landbau eine wichtige Säule  
1606 der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft. Dieser leistet einen hohen  
1607 Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt. Dieser stark wachsende Markt mit hoher  
1608 Wertschöpfung, der mit inländischer Erzeugung nicht befriedigt werden kann,  
1609 bietet große Chancen. Wir werden das Zukunftsprogramm Ökolandbau  
1610 umsetzen.

1611

#### 1612 Verbraucherschutz

1613 Wir gehen von einem differenzierten Verbraucherleitbild aus, das sowohl  
1614 umfassende Beratung und Transparenz als auch Information enthält, um  
1615 selbstbewusste Entscheidungen treffen zu können.

1616

1617 Im Sinne einer Verbesserung der Rechtsdurchsetzung führen wir eine  
1618 Musterfeststellungsklage ein. Eine ausufernde Klageindustrie lehnen wir ab.

1619

1620 Wir wollen beim digitalen [Grüne: Daten- und] Verbraucherschutz - IT-  
1621 Sicherheit, Datenportabilität, voreingestellten Datenschutz - bei maximaler  
1622 Transparenz unter Beachtung der Wettbewerbssituation sicherstellen. Wir  
1623 wollen Transparenz bei Vergleichsplattformen schaffen. Wir setzen uns für  
1624 einen diskriminierungsfreien Netzzugang ein, dafür ist Netzneutralität wichtig.

1625

1626 Wir richten eine Kommission ein, die uns bis Anfang 2019 Vorschläge für den  
1627 Umgang mit Algorithmen macht.

1628

1629 Wir werden ein umfassendes Programm für gesunde Ernährung erarbeiten.

1630 Wir wollen eine nationale Strategie zur Reduktion von Zucker, Fetten und Salz

1631 in Fertigprodukten auflegen.

## 1632 **11. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und starke Kommunen**

1633

1634 Kommunen sind die Grundlage des gesellschaftlichen und demokratischen  
1635 Lebens. Unter Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstverantwortung wollen  
1636 wir die Leistungskraft der Kommunen stärken. Strukturschwächen in Stadt,  
1637 Land und Regionen wollen wir begegnen. Dabei sind Bund und Länder in  
1638 gemeinsamer Verantwortung.

1639

1640 Wir wollen die Fortführung, Sicherstellung und Anpassung aller bisher  
1641 kommunal wirksamen Finanzprogramme. Die bisher aufgelegten Programme  
1642 zur Unterstützung der Kommunen im Kontext Flucht, Zuwanderung und  
1643 Integration sind derzeit mit 5,15 Mrd. veranschlagt. Dies sind  
1644 Integrationspauschale (2 Mrd. Euro), flüchtlingsbezogene Kosten der  
1645 Unterkunft (1,3 Mrd. Euro), Asylkostenbeteiligung (1,5 Mrd. Euro) und Hilfen  
1646 für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (350 Mio. Euro).

1647

1648 Für uns gilt der Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“. Finanzmittel, die der Bund  
1649 für Kommunen bereitstellt, müssen auch dort ankommen. Sollten neue  
1650 Aufgaben seitens des Bundes auf die Kommunen zukommen, erfolgt eine  
1651 entsprechende Kostenübernahme durch den Bund. Für bestehende  
1652 Leistungsgesetze soll eine Standardprüfung erfolgen.

1653

1654 Bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse wollen wir in Anlehnung an  
1655 geeignete Faktoren zur Bekämpfung von Strukturschwächen im ländlichen  
1656 Raum, in Regionen und in Kommunen in allen Bundesländern ermöglichen.  
1657 Das gilt insbesondere auch für Strukturentwicklung in Ostdeutschland. Dies  
1658 umfasst im Rahmen einer Dezentralisierungsstrategie Maßnahmen der  
1659 Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Bildung, Behördenansiedlung, Hochschule und  
1660 Forschung, Digitalisierung, medizinische Versorgung und  
1661 Unternehmensansiedlungen.

1662

1663 Eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ soll bis Ende 2018  
1664 konkrete Vorschläge erarbeiten.

1665

1666 Rahmenbedingungen für Zuwanderung und gelingende Integration müssen so  
1667 gestaltet werden, dass diese von Kommunen gesellschaftlich, sozial, kulturell  
1668 und wirtschaftlich bewältigt werden können.

1669

1670 Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement

1671 Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement sind für unser Gemeinwesen  
1672 unverzichtbar. Das Engagement, den Einsatz und die Kreativität der vielen  
1673 Menschen wollen wir noch stärker unterstützen. Anerkennung und  
1674 Wertschätzung wollen wir durch Ehrenamts- oder Engagementkarten und  
1675 Beratungsbüros oder Serviceagenturen fördern. Wir wollen mehr  
1676 Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitssektor schaffen. Wir wollen die Zahl der  
1677 Plätze in den Freiwilligendiensten ausweiten.

1678

1679 Viele Menschen engagieren sich in Vereinen, Initiativen und Verbänden für ein  
1680 lebendiges Gemeinwesen. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind  
1681 eine wichtige Stütze einer lebendigen Demokratie. Sie wie auch die  
1682 Weltanschauungsgemeinschaften leisten einen wichtigen Beitrag für unsere  
1683 lebendige Zivilgesellschaft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die  
1684 Werteorientierung. Deshalb wollen wir einen intensiven Dialog pflegen.

1685

1686

1687 **12. Kultur und Medien**

1688

1689 Kultur

1690 Leitmotiv der Kulturpolitik bleiben Freiheit und Vielfalt von Kunst und Kultur  
1691 und die Stärkung der Kulturstandorts Deutschlands, in allen Regionen.

1692

1693 Wir werden die Erinnerungskultur stärken und ausbauen: unter anderem durch  
1694 die Fortsetzung der Aufarbeitung der NS-Geschichte, weil es einen  
1695 Schlussstrich nicht geben kann. Auch die SED-Diktatur muss weiter  
1696 aufgearbeitet werden. Wir werden die Aufarbeitung der deutschen  
1697 Kolonialgeschichte vorantreiben.

1698

1699 Wir wollen in dieser Legislaturperiode das Kulturgutschutzgesetz einer  
1700 umfassenden und grundsätzlichen Evaluation unterziehen, um ggf.  
1701 Änderungsbedarf festzustellen und diesen zu beheben.

1702

1703 Wir beabsichtigen, die Pauschalmargenbesteuerung im Kunsthandel als  
1704 Regelfall in der praktischen Anwendung der Landesfinanzverwaltungen  
1705 vorzusehen, wie von Bund und Ländern bereits beschlossen.

1706

1707 Medien

1708 Presse- und Medienfreiheit sind fundamentale demokratische Werte, die es  
1709 unter allen Umständen zu schützen gilt.

1710

1711 Wir wollen die Qualität und Vielfalt der Medien auch in Zeiten der  
1712 Digitalisierung und der sich wandelnden Mediennutzung erhalten und stärken.

1713

1714 Angesichts der Konvergenz braucht es faire Wettbewerbsbedingungen für alle  
1715 Beteiligten.

1716

1717 Wir werden auf vielfältige Weise die Medienkompetenz weiter fördern.

1718

1719 Werte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und unabhängiger Journalismus  
1720 sind von elementarer Bedeutung. Bei der Vermittlung dieser Werte ist die  
1721 Deutsche Welle gerade auch wegen ihrer Mehrsprachigkeit ein wichtiger  
1722 Akteur, den wir national wie international weiter stärken wollen.

1723

1724



1725 **13. Europa**

1726

1727 Wir bekennen uns zur Gestaltung eines starken und geeinten Europa.  
1728 Deutschland kann es nur gut gehen, wenn es auch Europa gut geht. Unser  
1729 Ziel ist, unsere gemeinsamen Werte und Interessen in einer globalisierten  
1730 Welt zu behaupten und zu verteidigen. Wir wollen im Geist des Miteinanders  
1731 mit allen Partnern die EU weiterentwickeln und reformieren. Die deutsch-  
1732 französische Zusammenarbeit ist für uns von herausgehobener Bedeutung.<sup>2</sup>

1733

1734 Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion stärken, um Europa  
1735 wirtschaftlich erfolgreicher zu machen und besser gegen Krisen zu wappnen.  
1736 Europa braucht angemessene Investitionen. Die konsequente Anwendung des  
1737 Stabilitäts- und Wachstumspakts ist die Grundlage für eine dauerhaft stabile  
1738 Währung. Dazu muss im Binnenmarkt die wirtschaftliche Kohärenz der  
1739 Mitgliedstaaten verbessert werden. Wirtschaftspolitische Koordinierung,  
1740 Krisenprävention und Haushaltsüberwachung gehören zusammen.

1741

1742 [UNION: Notwendig ist die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten,  
1743 außergewöhnliche, unvorhersehbare wirtschaftliche Notsituationen, die sich  
1744 der Kontrolle eines einzelnen Mitgliedsstaates entziehen, abzufedern; die  
1745 Einführung von Instrumenten zu automatischen Transfers oder  
1746 Schuldenvergemeinschaftung unterstützen wir nicht.]

1747

1748 [FDP: Wir befürworten keinen Stabilitätsmechanismus (fiscal capacity) zur  
1749 Abfederung von Auswirkungen wirtschaftlicher Erschütterungen.]

1750

1751 [GRÜNE: Notwendig ist eine wirksame europäische Fähigkeit zur Abfederung  
1752 asymmetrischer Wirtschaftsschocks; die Einführung von Instrumenten zu  
1753 automatischen Transfers oder Schuldenvergemeinschaftung unterstützen wir  
1754 nicht.]

1755

1756 [Der folgende Kompromissvorschlag konnte nicht geeint werden: Notwendig  
1757 ist eine Fähigkeit, außergewöhnliche, unvorhersehbare wirtschaftliche  
1758 Notsituationen, die sich der Kontrolle eines einzelnen Mitgliedsstaates  
1759 entziehen, abzufedern; die Einführung von Instrumenten zu automatischen  
1760 Transfers oder Schuldenvergemeinschaftung unterstützen wir nicht.]

1761

---

<sup>2</sup> Konsens: Teil zu Macron / Elysee-Vertrag geht ins Kapitel Außenpolitik.

1762 [UNION/GRÜNE: Bei der schrittweisen Vollendung der Bankenunion müssen  
1763 die besonderen Rahmenbedingungen von Sparkassen und  
1764 Genossenschaftsbanken berücksichtigt werden. Generell gilt der Vorrang von  
1765 Risikoreduzierung vor Risikoteilung. Die Bankenunion muss auf das Ziel  
1766 ausgerichtet werden, systemische Risiken, einschließlich derer, die von  
1767 Staaten ausgehen, abzuwenden.]

1768  
1769 [FDP: Angesichts der grenzüberschreitenden Aktivitäten der Banken ist eine  
1770 gemeinschaftliche Strategie der EU für Banken und die Bankenaufsicht eine  
1771 gute Idee. Ein europäisches Einlagerungssystem lehnen wir ab.]

1772  
1773 Die Investitionskraft der EIB darf nicht geschwächt werden.

1774  
1775 Wir treten für einen konsequenten Kampf gegen Geldwäsche, unfairen  
1776 Steuerwettbewerb, Steuervermeidung und Mehrwertsteuerbetrug ein. Wir  
1777 wollen einen verbindlichen und effektiven Informationsaustausch zwischen  
1778 nationalen Steuerbehörden. Eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage  
1779 mit Partnern in Europa streben wir an.

1780  
1781 Wir wollen angesichts der großen Herausforderungen zugunsten der Zukunft  
1782 Europas einen angemessenen deutschen Beitrag zum EU-Haushalt leisten.  
1783 Unser Ziel ist eine Gesamtmittelausstattung der EU, so dass sie die ihr  
1784 übertragenen Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Effizienterer Mitteleinsatz,  
1785 klare Ausrichtung auf europäischen Mehrwert sowie stärkere Verknüpfung der  
1786 Strukturfondsmittel mit den länderspezifischen Empfehlungen sind nötig. Wir  
1787 verfolgen den Ausbau der Forschungsförderung, von Mitteln für Afrikafonds  
1788 und Entwicklungszusammenarbeit (Migration), von Ausgaben für äußere  
1789 Sicherheit inkl. Grenzschutz und gemeinsame Außenpolitik sowie verstärkte  
1790 Investitionen (zum Beispiel EIB/EFSI), etwa für Innovation, Infrastruktur und  
1791 Klimaschutz.

1792  
1793 [STRITTIG: Wir wollen Europäisches Recht 1:1 in deutsches Recht umsetzen.]

1794  
1795 Den Rechtsstaatsmechanismus der EU wollen wir verbessern, die  
1796 Kommission in ihrer Rolle als Hüterin der Verträge stärken sowie die  
1797 Parlamentarisierung und Demokratisierung der EU fortsetzen. Die Wahrung  
1798 des Subsidiaritätsprinzips betonen wir. Die stärkere Förderung der Mobilität  
1799 junger Europäer gegen Jugendarbeitslosigkeit ist uns wichtig.

1800

1801 Wir bekennen uns zur europäischen Freizügigkeit und zur vertragstreuen  
1802 Umsetzung des Schengen-Abkommens. Wir werden uns mit Nachdruck für die  
1803 Schaffung eines gemeinsamen Schutzes der EU-Außengrenzen einsetzen; so  
1804 dass dann insofern von Binnengrenzkontrollen im Rahmen des  
1805 Schengensystems seltener Gebrauch gemacht werden muss.

1806  
1807 Nicht zuletzt wegen der vielfältigen engen Beziehungen zur Türkei und deren  
1808 Bedeutung messen wir diese an Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und  
1809 Menschenrechten. Bei den Beitrittsverhandlungen wollen wir keine neuen  
1810 Kapitel öffnen oder schließen und wir wollen keine Erweiterung der Zollunion  
1811 ins Auge fassen. [Strittig: Wir begrüßen, dass die Vorbeitrittshilfen im Lichte  
1812 der aktuellen Situation erst einmal begrenzt werden.]

1813 [FDP/CSU: Wir wollen uns im Rat für die Ersetzung des Beitrittsprozesses  
1814 durch eine neue Form der Zusammenarbeit einsetzen.] So lange die Türkei  
1815 die notwendigen Verpflichtungen nicht erfüllt, kann es keine Visa-  
1816 Liberalisierung geben.

1817  
1818 Wir bekräftigen die Beitrittsperspektiven für die Staaten des westlichen  
1819 Balkans; dabei gilt: Aufnahme- und Beitrittsfähigkeit vor Schnelligkeit.

1820  
1821 Wir werden die verlässliche Koordinierung zu europäischen Fragen in der  
1822 Bundesregierung sicherstellen.

1823  
1824

1825 **14. Internationale Politik, Verteidigung und Entwicklungs-**  
1826 **zusammenarbeit**

1827

1828 Unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik basiert auf einer  
1829 wertorientierten Realpolitik. Wir setzen uns für Frieden, Freiheit,  
1830 Menschenrechte und demokratische Teilhabe in Europa und der Welt ein. Wir  
1831 setzen auf eine regelbasierte internationale Ordnung und erkennen an, dass  
1832 Deutschland diese alleine nicht garantieren kann. Deshalb sind die EU und  
1833 starke, handlungsfähige internationale Organisationen, Allianzen und  
1834 Bündnisse für Deutschland unentbehrlich.

1835

1836 Wir wollen die diplomatischen Ressourcen Deutschlands stärken. Priorität  
1837 haben für uns zivile Krisenprävention, aktives Krisenmanagement sowie  
1838 langfristige Stabilisierung im Interesse von nachhaltigen politischen Lösungen.  
1839 Der deutsche Einfluss in den VN muss konzeptionell, personell und finanziell  
1840 unserem politischen Gewicht entsprechen. Die Sicherheit unserer deutschen  
1841 Auslandsvertretungen ist uns ein besonderes Anliegen.

1842

1843 Eine wachsende Gestaltungskraft der EU ist dabei eine wichtige Priorität. Wir  
1844 treten ein für eine Stärkung der GASP.

1845

1846 Wir lassen uns von dem Gedanken kohärenten Regierungshandelns leiten.  
1847 Das schließt vernetzte Sicherheit ein. Unter Kohärenz verstehen wir ein  
1848 abgestimmtes Handeln aller international tätigen Ressorts.

1849

1850 Wir wollen die deutsch-französische Zusammenarbeit vertiefen. Wir werden  
1851 Präsident Macrons Vorschlag einer Aktualisierung des Elysée-Vertrages  
1852 aufnehmen.

1853

1854 Wir bekennen uns zur NATO und zu starken transatlantischen Beziehungen  
1855 auf Grundlage unseres gemeinsamen Wertefundaments. Neben Kontakten zur  
1856 Regierung der USA werden wir verstärkt auf eine Vertiefung der  
1857 gesellschaftlichen Zusammenarbeit sowie verstärkte Kontakte zu Städten und  
1858 Bundestaaten setzen.

1859

1860 Wir wollen gute Beziehungen zu Russland. Dabei setzen wir auf die Geltung  
1861 des Völkerrechts, die Einigkeit des Westens und fortgesetzte  
1862 Dialogbereitschaft.

1863

1864 Wir wollen neue Kooperationsformate mit Entwicklungs- und Schwellenländern  
1865 ausbauen sowie eine europäisch abgestimmte Afrikastrategie entwickeln. Wir  
1866 setzen uns für eine gemeinsame europäische China-Strategie ein.

1867  
1868 Wir bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte, zur  
1869 Rechtsstaatlichkeit und zur Herrschaft des Rechts in den internationalen  
1870 Beziehungen und betrachten Menschenrechte als zentrale Konstante  
1871 deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Dies schließt jegliche  
1872 Benachteiligung aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder  
1873 sexueller Orientierung aus.

1874  
1875 Wir werden konkrete Maßnahmen ergreifen, um eine verstärkte Beteiligung  
1876 von Frauen in der Krisenprävention, Konfliktbeseitigung und  
1877 Friedenskonsolidierung zu finden. Wir setzen uns für den Schutz von Frauen  
1878 und Mädchen vor Gewalt in bewaffneten Konflikten ein.

1879  
1880 Wir bekennen uns nachdrücklich zu den multilateralen Verpflichtungen  
1881 Deutschlands im Rahmen internationaler Institutionen wie den VN, der  
1882 Europäischen Union, der NATO, der OSZE und dem Europarat. Wir  
1883 unterstützen eine aktive Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik auf  
1884 nuklearem und konventionellem Gebiet. Ziel unserer Politik ist eine  
1885 nuklearwaffenfreie Welt. Nukleare Abrüstung ist der erste Schritt zu diesem  
1886 Ziel. Deshalb werden wir eine diplomatische Offensive für nukleare Abrüstung  
1887 auf den Weg bringen.

1888 [Grüne: Wir werden uns in der NATO dafür einsetzen, dass die in Deutschland  
1889 verbliebenen Nuklearwaffen abgezogen werden und solange setzen wir das  
1890 Modernisierungsprogramm aus.]

1891  
1892 Wir streben eine gemeinsame europäische Rüstungsexportkontrollpolitik an.  
1893 Die politischen Grundsätze der Bundesregierung von 2002 sind gemeinsamer  
1894 Ausgangspunkt der Überlegungen. Rüstungsexporte werden wir restriktiv  
1895 handhaben.

1896  
1897 [Grüne: Die bestehenden Richtlinien der Bundesregierung werden wir  
1898 weiterentwickeln. Wir wollen ein verbindliches Rüstungsexportkontrollgesetz  
1899 vorlegen, das die Exporte in Krisenregionen und an Staaten mit eklatanten  
1900 MR-Verletzungen verhindert und Rüstungsexporte begrenzt. Dazu sollen unter  
1901 anderem die Kriterien der politischen Grundsätze stärker gesetzlich verankert  
1902 werden. Zudem wollen wir die Regelungslücken bei der technischen

1903 Unterstützung und bei Geschäften von Tochtergesellschaften deutscher  
1904 Unternehmen bei Rüstungsproduktionen und Rüstungskoperationen im  
1905 Ausland wirksam schließen.]

1906 [CDU, CSU, FDP: Wir wollen eine verbindliche Rüstungsexportkontrollpraxis,  
1907 die Exporte in Krisenregionen verhindert und Rüstungsexporte begrenzt. Dazu  
1908 sollen unter anderem die Kriterien der politischen Grundsätze leitend sein.]

1909 [Grüne: Wir werden vorerst alle Rüstungsexporte an Staaten stoppen, die  
1910 Mitglied der Kriegsallianz im Jemen sind.]

1911 [CDU, CSU, FDP: Wir werden uns für eine technologisch starke  
1912 Verteidigungsindustrie einsetzen, die europäisch konsolidiert die Aufträge  
1913 unserer Streitkräfte erfüllen kann.]

1914

### 1915 Verteidigung

1916 Wir wollen Sicherheit in Europa weiterhin transatlantisch und zugleich  
1917 europäischer gestalten. Wir betonen den Charakter der Bundeswehr als  
1918 Parlamentsarmee und damit sie die ihnen erteilten Aufträge in allen  
1919 Dimensionen sachgerecht erfüllen kann, werden wir den Soldatinnen und  
1920 Soldaten die bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung zur  
1921 Verfügung stellen. Im Beschaffungswesen müssen die Synergien  
1922 europäischer Kooperation besser genutzt werden bis hin zur Entwicklung einer  
1923 Europäischen Verteidigungsunion. Für die Attraktivität des Dienstes in der  
1924 Bundeswehr sind moderne Arbeitsbedingungen in Deutschland unentbehrlich.

1925

1926 Wir wollen die Bundeswehr VN-fähiger und europatauglicher machen und  
1927 dafür insbesondere auf folgenden Gebieten ertüchtigen: Digitalisierung,  
1928 Verlege- und Transportfähigkeit, unbemannte Aufklärung, mobile taktische  
1929 Kommunikation.

1930

1931 Wir wollen die Friedensmission der Vereinten Nationen und die europäische  
1932 Ausbildungsmission in Mali fortsetzen, um den politischen Prozess, die  
1933 Umsetzung des Friedensabkommens und eine Sicherheitssektorreform zu  
1934 unterstützen.

1935

1936 Mit Blick auf den Irak und Syrien streben wir an, die beiden bestehenden  
1937 Counter Daesh Einsätze zu einem Mandat weiterzuentwickeln, das mit dem  
1938 neuen Schwerpunkt Capacity Building im Rahmen der NATO einen Beitrag  
1939 dazu liefert, verlässliche und politisch kontrollierte Sicherheitsstrukturen im  
1940 Gesamt-Irak zu stärken, und die Aufklärungsflüge auf den Irak beschränken  
1941 soll.

1942

1943 [Grüne: Wir streben eine Veränderung der Mission EUNAVORMED an, die die  
1944 Operationen in den libyschen Hoheitsgewässern sowie auf dem Festland und  
1945 die Ausbildung der libyschen Küstenwache unter den gegebenen  
1946 Bedingungen ausschließen soll.]

1947 [CDU, CSU, FDP: Wir streben mit Blick auf das migrationspolitische  
1948 Gesamtkonzept der Bundesregierung eine Weiterentwicklung der Mission  
1949 EUNAVORMED auf europäischer Ebene an.]

1950

1951 Deshalb wollen wir in den Sondierungsgesprächen insbesondere folgende  
1952 Fragen weiter besprechen:

1953

1954 <Die Frage bewaffnungsfähiger Drohnen>

1955 <RSM-Einsatz in Afghanistan >

1956

1957 Entwicklungspolitik

1958 Wir werden Entwicklungspolitik konsequent und wertebasiert als langfristige  
1959 globale Nachhaltigkeits-, Stabilitäts- und Friedenspolitik im Rahmen eines  
1960 kohärenten Politikansatzes gestalten. Wir werden die Effizienz und  
1961 Wirksamkeit überprüfbar steigern und die Rolle der Zivilgesellschaft stärken.  
1962 Die Umsetzung der Agenda 2030, der Ziele für nachhaltige Entwicklung  
1963 einschließlich der internationalen Klimaverpflichtungen, ist Leitfaden deutscher  
1964 Entwicklungspolitik.

1965

1966 Wir wollen eine starke multilaterale Entwicklungspolitik insbesondere durch  
1967 handlungsfähige VN-Fonds und -Programme, die wir durch verlässliche  
1968 Beiträge stabilisieren wollen. Das gilt insbesondere in Situationen, in denen  
1969 Andere ihre Finanzierungszusagen zurückziehen.

1970

1971 Wir werden uns besonders einsetzen für:

- 1972 • Eine Welt ohne Hunger und Epidemien
- 1973 • Den Schutz globaler Gemeinschaftsgüter
- 1974 • Den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft
- 1975 • Die Bekämpfung von Fluchtursachen
- 1976 • Bildung und Ausbildung als Schwerpunkt in allen Partnerländern

1977

1978 [CDU, CSU, Grüne: Wir verfolgen vom Beginn der Legislaturperiode an das  
1979 Ziel, die ODA-Quote bis 2020 bei 0.7% dauerhaft ohne Einrechnung der  
1980 inländischen Ausgaben für Flüchtlinge zu erreichen. Die Ausgaben für

1981 Entwicklung sollen mindestens im Maßstab 1 zu 1 wie die Ausgaben für  
1982 Verteidigung steigen auf der Grundlage] [CDU, CSU: des 51. Finanzplans]  
1983 [Grüne: des Haushalts 2016.)

1984 [FDP: Wir werden in unserer Entwicklungszusammenarbeit auf Qualität, nicht  
1985 Quantität setzen. Die Wirksamkeit der Maßnahmen steht für uns im  
1986 Vordergrund gegenüber dem Festhalten an starren Prozentsätzen.]

1987

1988 Handel

1989 Freier und fairer Handel schafft Wohlstand für alle Beteiligten. Globalisierung  
1990 muss gerecht gestaltet werden, deshalb müssen auch in der Handelspolitik die  
1991 SDGs jederzeit beachtet werden.

1992

1993 Wir werden uns einsetzen für die Stärkung eines regelbasierten multilateralen  
1994 Handelssystems, daher wollen wir die zentrale Rolle der WTO stärken. Bis  
1995 dies erreicht ist, sind weitere bilaterale Handelsabkommen als Ergänzung  
1996 notwendig, mit denen der Marktzugang für deutsche und europäische  
1997 Unternehmen erreicht wird.

1998

1999 Wir wollen die Architektur künftiger Handelsabkommen nach dem Prinzip „EU  
2000 only“ gestalten und Transparenz sowie Parlamentsbeteiligung im Verfahren  
2001 von Anbeginn an stärken.

2002

2003 [FDP: Wir wollen die laufenden Verhandlungen über bilaterale  
2004 Handelsabkommen zügig abschließen. Eine Überfrachtung der Handelspolitik  
2005 mit sachfremden Themen lehnen wir ab.]

2006 [Grüne: Wir wollen faire Handels- und Investitionsabkommen ohne  
2007 Investorenschiedsgerichte (ISDS und ICS).] [CDU, CSU, Grüne: Bei  
2008 zukünftigen Handelsabkommen wird die Einhaltung international verbindlicher  
2009 Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards festgeschrieben.] [Grüne: Alle  
2010 Vertragsparteien müssen das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet haben.]

2011 [CDU, CSU, FDP: <Ein Abkommen zur Verbesserung der Handels- und  
2012 Investitionsbeziehungen mit den USA bleibt notwendig.]

2013 Wir werden in dieser Legislaturperiode [CDU, CSU, FDP: ein/ Grüne: kein]  
2014 Ratifizierungsgesetz für CETA in den Bundestag einbringen.

2015

2016



2017 **15. Haushalt und Finanzen**

2018

2019 Solide Finanzpolitik

2020

2021 Wir richten unsere Haushaltspolitik am Ziel der Nachhaltigkeit und Solidität  
2022 aus, die keine Lasten auf zukünftigen Generationen verschiebt. Angesichts der  
2023 guten konjunkturellen Lage und der damit verbundenen steigenden  
2024 Steuereinnahmen wollen wir für die kommenden vier Jahre Haushalte ohne  
2025 neue Schulden vorlegen. Unser Ziel ist es, dass Deutschland bis zum Ende  
2026 der Legislaturperiode das Verschuldungskriterium des Maastricht-Vertrages  
2027 von maximal 60 Prozent des BIP wieder erfüllt. Wir wollen sicherstellen, dass  
2028 konjunkturelle Spielräume nicht zu strukturellen Haushaltsbelastungen in  
2029 Zukunft führen.

2030

2031 [Wir wollen keine Substanzsteuern einführen oder erhöhen].

2032

2033 Die unter dieser Prämisse verbleibenden finanziellen Spielräume der nächsten  
2034 vier Jahre wollen wir in angemessenem Umfang für Investitionen und für  
2035 Entlastungen nutzen.

2036

2037 Daraus wollen wir folgende Maßnahmen prioritär umsetzen und finanzieren:

2038

2039 Entlastung von Familien, kleineren und mittleren Einkommen und Abbau des  
2040 Soli

2041 Nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik bedeutet, Leistung zu honorieren und  
2042 die Ungleichheit in der Gesellschaft nicht zu verstärken. Unser Ziel ist es,  
2043 insbesondere Familien und die Bezieher von kleineren und mittleren  
2044 Einkommen zu entlasten bzw. zu fördern. Dazu werden wir zum xxxxxx das  
2045 Kindergeld um 25 EUR je Kind anheben und den Kinderfreibetrag  
2046 [Streichungswunsch GRÜNE: entsprechend] erhöhen. Zusätzlich wird der  
2047 Kinderzuschlag reformiert und ausgeweitet, weil niemand wegen seiner Kinder  
2048 in den Bezug von Sozialleistungen fallen soll  
2049 (Passage muss mit Familienpapier abgeglichen werden.)

2050

2051 [UNION: Zudem wollen wir Familien mit Kindern über ein Baukindergeld von  
2052 1.200 EUR pro Kind für zehn Jahre beim Erwerb ihrer „eigenen vier Wände“  
2053 unterstützen.]

2054 (Passage muss mit Wohnpapier abgeglichen werden.)

2055

2056 Der Solidaritätszuschlag wird schrittweise abgebaut. In einem ersten Schritt  
2057 werden wir zum xxxxxx alle Einkommen bis xx.xxxx EUR (für Verheiratete  
2058 xx.xxxx EUR) mit einem entsprechenden Freibetrag vom Solidaritätszuschlag  
2059 freistellen. Damit fällt für xx Prozent aller bisherigen Zahler im unteren und  
2060 mittleren Einkommensbereich der Solidaritätszuschlag vollständig weg, alle  
2061 anderen zahlen weniger.

2062  
2063 In einem zweiten Schritt wird [GRÜNE: aufkommensneutral] der Freibetrag  
2064 auf xxxxx EUR angehoben und damit für xx Prozent der Bevölkerung  
2065 vollständig abgeschafft. [UNION/FDP: In einem dritten Schritt zum xxxxxx  
2066 wird der Solidaritätszuschlag für alle vollständig abgeschafft] [GRÜNE: Die  
2067 Gegenfinanzierung muss verteilungspolitisch neutral erfolgen.]

2068  
2069  
2070 Wir werden den gesetzlich verfassungsrechtlichen Auftrag zur Anpassung des  
2071 Grundfreibetrages umsetzen und damit die Steuerzahler jährlich [um xx  
2072 EUR]entlasten.

2073  
2074 [UNION/FDP: Darüber hinaus wollen wir in einer Einkommenssteuerreform  
2075 zum xxxxxx die Bürgerinnen und Bürger um xx Mrd. EUR entlasten und  
2076 gleichzeitig die kalte Progression abmildern.] Wir diskutieren Maßnahmen zur  
2077 Vereinfachung des Steuerrechts.

2078  
2079 Investitionen in die Zukunft  
2080 Um Investitionen in dringend benötigte [GRÜNE: und sozial und  
2081 Mietengebundene] Mietwohnungen anzureizen, werden wir zum xxxxxxx die  
2082 degressive AfA für den [GRÜNE: sozialen] Wohnungsneubau wiedereinführen.

2083  
2084 Zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung werden wir ab 2018 für  
2085 fünf Jahre eine entsprechende Sonderabschreibung für die Sanierung  
2086 selbstgenutzter Gebäude einführen [GRÜNE: und ein Paket „Faire Wärme“ in  
2087 Höhe von 3 Mrd. Euro pro Jahr verabschieden (u.a. energetische  
2088 Modernisierung von Wohnvierteln/ kommunalen Gebäuden, 10.000  
2089 Wärmespeicher). Dies alles] Dies wollen wir mit der gleichgerichteten  
2090 Förderung aus dem Energie- und Klimafonds kombinieren um  
2091 Doppelförderungen zu vermeiden.

2092

2093 Die Forschung und Entwicklung von [UNION/GRÜNE: kleinen und mittleren]  
2094 Unternehmen wollen wir ab dem Jahr xxx [GRÜNE: mit 770 Mio. Euro pro  
2095 Jahr (gesamtstaatlich)] steuerlich fördern.

2096  
2097 Für den Ausbau der digitalen Infrastruktur wollen wir mit den Erlösen aus der  
2098 Versteigerung der 5G-Lizenzen [und aus Privatisierungserlösen] einen  
2099 entsprechenden Investitionsfonds mit einem Volumen von x,x Mrd. EUR  
2100 einrichten. Aus diesem soll mit einem Volumen von x Mrd. EUR auch der  
2101 digitale Anschluss von Schulen und Berufsschulen gefördert werden. Die  
2102 darüber hinausgehenden Mittel werden zum weiteren Breitbandausbau  
2103 verwendet.

2104  
2105 [GRÜNE: Soweit Maßnahmen zur Reduzierung des Pestizideinsatzes und der  
2106 Verbesserung der Tierhaltung nicht durch Ordnungsrecht erfolgen, sollen  
2107 diese durch Verlagerung von 1. In die 2. Säule der GAP finanziert werden.  
2108 Soweit Maßnahmen aus der GAK zu bezahlen sind, müssen sie Streichung  
2109 von Subventionen an anderer Stelle gegenfinanziert sein. (siehe  
2110 Vereinbarungen Agrar)]

2111  
2112 [Von allen Sondierungspartner geklammert: Den Kommunen wollen wir  
2113 finanzielle Spielräume, auch für Investitionen, erhalten, indem wir sie auch in  
2114 den Jahren 2019 bis 2021 bei den Kosten für die Aufnahme und Integration  
2115 von Flüchtlingen und Asylbewerbern entlasten. [In diesem Zusammenhang ist  
2116 die Abfinanzierung des Fonds Deutsche Einheit zu entscheiden.] Die bisherige  
2117 auf mehrere Maßnahmen verteilte Entlastung (Integrationspauschale,  
2118 Spitzabrechnung, KdU, Kosten minderjährige Flüchtlinge) wollen wir in eine  
2119 neu zu beschließende Integrationspauschale von xx Mrd. EUR pro Jahr  
2120 zusammenfassen.]

2121  
2122 [CSU: Die von Bund und Ländern vereinbarte Fortführung des GVFG bringt  
2123 dauerhafte Vorteile für alle Verkehrsteilnehmer. Wir werden die  
2124 Fördersummen entsprechend zusätzlicher besonderer Bedarfe, insbesondere  
2125 an Verkehrsknotenpunkten, angemessen anpassen.]

2126  
2127 [GRÜNE: Zum Erhalt einer verlässlichen Finanzbasis der Kommunen werden  
2128 wir eine verfassungskonforme und aufkommensneutrale Reform der  
2129 Grundsteuer ermöglichen. Dazu werden wir zügig in eine entsprechende  
2130 Beratung auf Basis des Bundesratsbeschlusses einsteigen.]

2131 [GRÜNE: Um die seit 2015 bestehende Verpflichtung zur Erfüllung der Quote  
2132 bei der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen, werden wir in einem ersten  
2133 Schritt Im Rahmen der Überarbeitung der mittelfristigen Finanzplanung die von  
2134 der alten Bundesregierung vorgesehenen Aufwüchse bei den  
2135 Verteidigungsausgaben (10 Mrd. Euro) zur Finanzierung von ODA-relevanten  
2136 Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit verwenden.]

2137  
2138 [GRÜNE: Wir wollen angesichts der großen Herausforderungen zugunsten der  
2139 Zukunft Europas einen angemessenen deutschen Beitrag zum EU-Haushalt  
2140 leisten. Unser Ziel ist eine bessere Gesamtmittelausstattung der EU, so dass  
2141 sie die ihr übertragenen Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Dazu werden 8  
2142 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung gestellt.]

2143

#### 2144 Abbau von Subventionen / weitere Maßnahmen

2145 Wir treten für einen konsequenten Kampf gegen Geldwäsche, unfairen  
2146 Steuerwettbewerb, Steuervermeidung und Mehrwertsteuerbetrug ein. Wir  
2147 wollen einen verbindlichen und effektiven Informationsaustausch zwischen  
2148 nationalen Steuerbehörden. Eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage  
2149 mit Partnern in Europa streben wir an.

2150

2151 Zur weiteren Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges beim Handel mit Waren  
2152 im Internet werden wir gesetzliche Regelungen schaffen, um Betreiber von  
2153 elektronischen Marktplätzen, die den Handel unredlicher Unternehmer über  
2154 ihren Marktplatz nicht unterbinden, für die ausgefallene Umsatzsteuer in  
2155 Anspruch zu nehmen.

2156

2157 [GRÜNE: Finanzpolitik soll durch Steuern keine falschen und  
2158 umweltschädlichen Anreize setzen. Außerdem schaden umweltschädliche  
2159 Subventionen dem Wettbewerb und bremsen Innovationen. Daher überprüfen  
2160 wir Subventionen, die den Klimazielen widersprechen, mit dem Ziel, eines  
2161 Abbaus in Höhe von 10 Mrd. Euro innerhalb der Legislaturperiode.]

2162

#### 2163 Grundsätze der Priorisierung

2164 Das finanzielle Volumen dieser prioritären Maßnahmen beläuft sich bezogen  
2165 auf den Zeitraum von 2018 bis 2021 kumuliert auf xx Mrd. EUR.

2166

2167 Alle weiteren Maßnahmen, auf die sich die Koalition einigt, können nur  
2168 finanziert werden, wenn sich zusätzliche finanzielle Spielräume ergeben oder  
2169 eine entsprechende Gegenfinanzierung sichergestellt wird.

2170

2171 Im Falle zusätzlicher finanzieller Spielräume sollen die folgenden Maßnahmen  
2172 zuerst umgesetzt werden:

2173

2174